

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig

Bezugspreis monatlich 3.00 Gulden, wöchentlich 0.75 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8geige Seite 0.40 Gulden, Restamegeisse 2.50 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.50 Goldmark. Abonnements- und Inseraten-aufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die künftige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 250

Montag, den 26. Oktober 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Verantwortlicher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Die Deutschnationalen verlassen die Reichsregierung.

Demagogische Scheu vor der Verantwortung. — Reichstagsauflösung notwendig.

Der Vorstand der deutschnationalen Reichstagsfraktion trat am Sonntag nachmittag um 5 Uhr zusammen und beriet über die durch den Beschluß des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorstände von Freitag geschaffene Lage. Um 6.30 Uhr begann die Sitzung der Fraktion, die von über 60 Mitgliedern besucht war. Auch Reichsinnenminister Schiele war anwesend. Nachdem Graf Westarp, der Vorsitzende der Fraktion, Bericht erstattet und den Vorschlag des Fraktionsvorstandes vorgelesen hatte, nahm die Fraktion schon um 8 Uhr folgenden Vorschlag des Fraktionsvorstandes einstimmig an:

Infolge des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. d. M. und des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorstände der Deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober d. J. billigt die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Neuhaus und von Schlieben, noch heute durch den Herrn Reichskanzler ihre Entlassung nachzusuchen.

Der „Vertrag von Locarno“, der jetzt zur Debatte steht, und in der Deutschnationalen Partei so stark umfritten wird, ist, wie Briand und Chamberlain wiederholt hervorgehoben haben, auf Initiative der deutschnationalen Reichsregierung zurückzuführen. In der Tat gäbe es heute keinen „Vertrag von Locarno“, wenn das Memorandum vom 9. Februar und die Note zum 22. Juli sowie der deutsche Vorschlag, in London eine Juristenkonferenz zur Vorbereitung eines Sicherheitspaktes abzuhalten, nicht existieren würden. Verantwortlich für all diese Dinge ist die Regierung Luther in ihrer Gesamtheit. Ihre Mitglieder haben wiederholt einstimmig bei den verschiedensten Gelegenheiten die Außenpolitik des Ministers Stresemann unterstützt, und in der Reichstagsdebatte vom 22. Juli hat Graf Westarp für seine Fraktion ausdrücklich erklärt, daß auch sie sich auf den Boden der Note vom 22. Juli stellt. Schließlich erfolgte die Reise der deutschen Delegation in vollem Einverständnis der Deutschnationalen Fraktion, und die Paraphierung wurde vollzogen in Unbereinstimmung mit den deutschnationalen Ministern. Sie stimmten nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Außenministers und nach Rücksprache mit ihrer Fraktion außerdem dem gesamten Vertragswerk zu. Das gleiche tat der deutschnationale Reichspräsident von Hindenburg. Er dankte bei dieser Gelegenheit den Ministern für ihre Arbeit und brachte zum Ausdruck, daß er den Vertrag unterzeichnen werde.

Damit steht die Verantwortlichkeit der Deutschnationalen Partei einwandfrei fest. Die bisher von ihr gebilligte Außenpolitik steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Vertrag von Locarno. Alles Gerede und die Flucht aus der Regierung befreien sie nicht im geringsten von der Verantwortung für das Werk von Locarno. Aus dieser selbstverständlichen Schlussfolgerung ergibt sich die Haltung der republikanischen Parteien. Der Parlamentarismus kennt nur Rechte und Pflichten. Er verbindet das Recht, die Macht im Staate zu übernehmen, mit der Pflicht zur Verantwortung. Die Deutschnationalen aber wollen nur herrschen, ohne für ihre Taten verantwortlich zu zeichnen. Dieser Zustand darf im deutschen Parlamentarismus nicht erst einreißen. Wer herrschen will — und das wollen die Deutschnationalen — soll seine Regierungsbüchse auch verantworten.

Aber es handelt sich schließlich noch um mehr. Es gilt vor allem einer neuen innerpolitischen Neuordnung unseres Volkes durch eine neue deutschnationale Höhe vorzugehen. Die Flucht der deutschnationalen Minister aus der Regierung hat doch schließlich den Sinn, eines Tages andere Parteien für das verantwortlich zu machen, was deutschnationale Regierungsbüchse mit vollbracht hat. Das Ergebnis wird sein, daß republikanische Persönlichkeiten für den Verzicht auf das Vorkommen in den Tod gehen werden, obwohl eine deutschnationale Regierung diesen Verzicht in eine juristische Formel brachte und ihn durch ihre Vertreter in Locarno paraphieren ließ. Welche der republikanischen Parteien wünscht aber die Wiederkehr der Zustände von 1921 bis 1923? Sie alle sollten den Wunsch nach einer Konsolidierung der innerpolitischen Verhältnisse hegen und den Deutschnationalen insofern jede Verantwortung an dem „Vertrag von Locarno“ zuschieben, die ihnen zukommt.

Von diesem Gesichtspunkt aus dürfte die Sozialdemokratie in den kommenden Wochen ihre parlamentarische Tätigkeit betrachten. Sie muß es ablehnen, sich zum Mittel der deutschnationalen Verantwortungslosen machen zu lassen. Mag dann das Volk darüber entscheiden, wie „herrlich“ es in den letzten neun Monaten regiert wurde. Für diese Möglichkeit spricht alles!

Rabinettskrise auch in Frankreich.

Der radikale Pariser „Soir“, der die Politik des Kartells der Linken rückhaltlos unterstützt, erteilt heute dem Kabinettskrisen eine scharfe Absage. Er schreibt: Die Ministerkrise sei eröffnet. Es frage sich nur noch, ob Cailleur allein zurücktritt oder ob das gesamte Ministerium am Montag demissionieren oder ob es sich doch noch vollständig vor das Parlament begeben werde. Die letzte Annahme habe wenig Wahrscheinlichkeit, denn dem Parlament könne sich nur eine Regierung vorstellen, die homogen und solidarisch sei. Poincaré müsse ein linksorientiertes Ministerium sich gruppieren, das alle Kräfte der Demokratie, der neuerlichen Gerechtigkeit und des Friedens repräsentiert.

Minister Cailleur hat gestern im Chateau du Bois (Departement Sarthe) eine Rede gehalten, in der er sich über die Finanzlage Frankreichs aussprach. Der Gesamtbetrag der französischen inneren Schuld sei auf 800 Milliarden Franken zu veranschlagen. Hierzu komme eine außerordentlich beträchtliche äußere Schuld, deren Höhe er kaum zu schätzen

wage. Diese rühre aus den Anleihen her, die die Alliierten während des Krieges gewährt hätten. Zu alledem müsse man noch für die Zwecke des Wiederaufbaues im kommenden Jahre etwa 15—20 Milliarden hinzurechnen. Da ein Appell an den Kredit unvermeidlich sei, dürfe in Frankreich nichts unternommen werden, was geeignet sei, die Demissionen, zu denen man schreiten müsse, zu schädigen. Es sei immer sehr leicht gewesen, immer zu schreiben, Deutschland werde bezahlen. Unter dieser Formel niederer Demagogie habe man von allen Seiten Geld geliehen, man habe in das Publikum gedrucktes Papier geworfen, ohne daß man dabei gedacht habe, daß das nicht in das Unendliche fortgesetzt werden könne. Cailleur besprach dann die Finanzmaßnahmen, die er im Parlament vorgeschlagen habe und die in Aussicht genommen seien. Er würde sich, so betonte Cailleur, nicht zu Maßnahmen hergeben, die geeignet seien, den Kredit Frankreichs zu erschüttern.

Der Finanzminister forderte zum Schluß seiner Rede progressive Steuern, damit der Reichtum stark belastet werde. Den Luxus müsse man rücksichtslos besteuern. Es müssen Sondersteuern eingeführt werden, und zwar derart, daß die Steuerhinterziehung unmöglich gemacht werde. Nicht in wenigen Monaten könne die Unordnung beseitigt werden, die man jahrelang hindurch geduldet habe. Man brauche Zeit, Geduld, Methode und Kredit für die Männer, die Frankreich regieren.

Stadtverordnetenwahlen in Berlin.

Am Sonntag fanden in Berlin die Kommunalwahlen bei einer Wahlbeteiligung, die zwischen 60 und 70 Prozent schwankt, statt. Im Vergleich zur letzten Reichspräsidentenwahl hat die Beteiligung verhältnismäßig stark nachgelassen.

Bis heute morgen lagen die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen aus allen, bis auf zwei Bezirke vor. Danach haben erhalten: Sozialdemokratische Partei 589 703, Deutschnationale Volkspartei 370 604, Deutsche Volkspartei 104 800, Kommunistische Partei 332 109, Deutsch-Demokratische Partei 188 806, Deutsche Wirtschaftspartei 71 062, Zentrumspartei 61 271, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 24 426, Deutsch-Völkische Freiheitspartei 26 411, Deutsch-Soziale Partei 25 193, Evangelischer Gemeinschaftsbund 16 688, Arbeiterpartei 746, Deutschnationaler Bund der Hauswirte

Ein Weg zur Wirtschaftshebung Danzigs.

Herabsetzung der hohen Zinsfüße. — Die teure Verwaltung der Bank von Danzig.

Die Sozialdemokratie ist feinerzeit in die Regierung eingetreten, um durch Abwendung der deutschnationalen Katastrophopolitik im Neuhären und durch eine Sparmaßnahmepolitik im Inneren der Danziger Wirtschaft und damit auch den Freistaat Danzig selbst vor dem Zusammenbruch zu retten. Es ist selbstverständlich, daß die Ziele dieser Politik nicht innerhalb weniger Wochen erfüllt werden können. Immerhin ist sowohl in der äußeren Politik als auch in der Innenpolitik bereits ein verheißungsvoller Anfang gemacht und es kommt nunmehr darauf an, daß bei der Gestaltung des Etats für das Jahr 1926 durch eine großzügige Verwaltungsreform weitere Ersparnisse im Staatshaushalt ermöglicht werden und daß sich andererseits der Staat neue Einnahmequellen erschließt, sei es durch Verstaatlichung der Verkehrsunternehmen, sei es durch Erleichterung von Monopolen, um so die für die Wirtschaft untragbaren Lasten wie Umsatzsteuer und Devisensteuer abzuschießen. Das sind die Maßnahmen, die unter dem Einfluß der Sozialdemokratie von Staatswegen zur Rettung der Danziger Wirtschaft erfolgen können.

Führende Danziger Wirtschaftskreise haben in den letzten Monaten selbst allerlei zur Rettung der Danziger Wirtschaft gesprochen und geschrieben. Dabei berührte es allerdings sehr eigenartig, daß sie Forderungen vorbrachten, die der Danziger Wirtschaft durchaus keine steuerliche Erleichterung brachten, sondern die nur auf eine Befreiung der idealen Rechte der Arbeiterklasse hinausliefen. Abschaffung des spärlichen Mitbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse durch die führenden Wirtschaftskreise als der einzige gegebene Rettungsweg für die Wirtschaft. Ersparnisse im Staatshaushalt wollen sie höchstens durch Einschränkung der sozialen Verpflichtungen des Staates, also auch auf Kosten der Arbeiterklasse erzielen. Natürlich murren die Herren Klawitter und Hoe auch gelegentlich über den kostspieligen Beamtenapparat, können sich aber zur Unterstützung einer großzügigen Verwaltungsreform aus Angst vor der Sozialdemokratie nicht entschließen. Im Gegenteil erscheint dem Handelskammerpräsidenten Klawitter die kostspielige Schupo und der teure Zollapparat in Danzig noch zu gering, um seine Angstträume von der roten Flut durch eine uniformierte Macht zu verschrecken. Unsere Vorschläge auf Erleichterung neuer Einnahmequellen für den Staat ohne Anzeichen der Steuerherrschaft durch Schaffung bestimmter Monopole und Verstaatlichung der Verkehrsunternehmen in Danzig erwidert selbst der sonst so reformwilligen Blätterchen „Neuen Zeit“ unannehmbar, ohne daß sie uns allerdings andere und bessere Wege zur Rettung aus Danzigs Finanznot zeigen konnte.

Höchst eigenartig aber muß es berühren, daß noch keiner der führenden Wirtschaftler, sei er aus deutschnationaler oder aus volksparteilicher Lager gegen die das Wirtschaftsleben Danzigs schwer bedrückende Zinspolitik der Banken Stellung genommen hat. Richtungsgebend für die Zinsbildung ist neben anderen Erscheinungen in erster Linie der Diskontsatz, den die Bank von Danzig erhebt. Dieser beträgt

147, Sparerbund 8 957, Deutsche Mittelstandspartei 2 421, Deutsche Arbeiterpartei 494, National-Wirtschaftliche Vereinigung 644.

Alle Parteien voten am eigentlichen Wahltage starke Kräfte zur letzten Propaganda auf. Zahlreich vertreten waren insbesondere die Kommunisten und Sozialdemokraten. Auch das Reichsbanner beteiligte sich an der Wahlarbeit für die republikanischen Parteien. Im Laufe des Tages kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlenten und Reichsbanner bzw. Kommunisten und Reichsbannerleuten. So in Pichelsdorfer Spandau, wo ein Arbeiter und ein Bäcker durch Messerhiebe an den Händen und Armen verletzt wurden. An einer anderen Stelle im Zentrum der Stadt überfielen hundert Kommunisten 20 Reichsbannerleute. Zwei durch Messerhiebe verletzte Anhänger des Reichsbanners wurden von Samaritern verbunden und mußten sich dann in ärztliche Behandlung begeben. Drei Kommunisten, die als Anführer des Überfalls gelten, wurden in Schirrhalt genommen. Wie immer, erlebte natürlich auch der Kurfürstendam wieder einen Zwischenfall. Die Sozialdemokraten fühlten sich hier besonders sicher. Mit Schaarlingen und Messern bewaffnet gingen sie auf Reichsbannerleute los, von denen zwei durch schwere Stiche verletzt wurden. Die Polizei schritt ein und führte vier Stahlhelms- und drei Reichsbannerleute zur Vernehmung ab. Alle Zwischenfälle konnten durch die ruhige Art der Polizei schnell und ohne großen Aufruhr erledigt werden.

Das bisherige Stimmenverhältnis in Groß-Berlin.

Bei den Stadtverordnetenwahlen am 16. 10. 21 erhielten bei einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent die Deutschnationale Volkspartei 319 273 Stimmen, Deutsche Volkspartei 266 771, Zentrum 63 163, Deutsch-Demokratische Partei 126 698, Sozialdemokratische Partei 353 075, U.S.P.D. 929 378, Kommunisten 162 575, Deutsch-Soziale Partei 12 802, Wirtschaftspartei 86 808 Stimmen.

Von den 225 Stadtverordnetenämtern hatten die Deutschnationalen 42, Deutsche Volkspartei 35, Zentrum 8, Demokraten 17, Sozialdemokraten 46, U.S.P.D. 44, Kommunisten 20, Deutsch-Soziale 1, Wirtschaftspartei 12.

Bei den Reichstagswahlen am 7. 12. 24 wurden in Groß-Berlin (Wahlkreis Berlin und Potsdam) bei einer Wahlbeteiligung von 72,2 und 78,7 Prozent abgegeben: Für die Deutschnationalen 502 782 Stimmen, Deutsche Volkspartei 184 106, Zentrum 78 378, Demokraten 229 460, Sozialdemokraten 611 806, Kommunisten 922 388 Stimmen.

zur Zeit 9 Prozent, ist also ebenso hoch wie der Diskontsatz der deutschen Reichsbank. Die deutsche Reichsbank mag diesen hohen Diskontsatz u. a. noch damit begründen, daß sie durch die Kreditpolitik des früheren deutschnationalen Reichsbankpräsidenten schwer heruntergewirtschaftet worden war und nun unter Dr. Schacht erst wieder aufgebaut werden mußte. Das sind aber Dinge, die uns in Danzig nichts angehen, und die Bank von Danzig hat keine Veranlassung, sich die Diskontpolitik der deutschen Reichsbank zum Vorbild zu nehmen. Die Wirtschaftsverhältnisse in Danzig sind so trübe, daß mit allen Mitteln versucht werden muß, hier Hilfe zu leisten. Dazu gehört vor allem auch eine Herabminderung des Diskontsatzes, der dann auch automatisch eine Ermäßigung der Zinsfüße der Privatbanken nach sich ziehen müßte. Es ist selbstverständlich, daß in der Zeit der heutigen Geldnot eine sofortige Rückkehr zu den Vorkriegssätzen nicht möglich ist. Aber selbst eine Herabminderung des Diskontsatzes von 9 auf 8 Prozent ist bisher stets von der Leitung der Danziger Bank als untragbar bezeichnet worden.

Uns will scheinen, daß eine Ermäßigung des Diskontsatzes bei der Bank von Danzig sehr wohl möglich ist. Die Bank von Danzig hat durchaus nicht die Aufgabe, in der jetzigen Zeit der schwersten Wirtschaftskrise große Gewinne zu erzielen, sondern muß jetzt ihr Hauptbestreben darin sehen, durch eine humane Diskontpolitik das Danziger Wirtschaftsleben zu unterstützen. Im vorigen Jahr erzielte die Bank von Danzig innerhalb von neun Monaten einen Gewinn von 1 002 224 Gulden, wovon 393 750 Gulden als Dividende verteilt wurden. Ueber den Gewinn der Bank in diesem Jahr ist bisher noch nichts bekannt geworden. Dagegen wird in der Wirtschaftsreise außerordentlich über die teure Verwaltung der Bank von Danzig Klage geführt. Nach dem Geschäftsbericht der Bank für die ersten neun Monate betragen die Verwaltungskosten 1 099 490 Gulden und zwar 480 059 Gulden Gründungskosten, 198 076 Gulden Notenausgabenkonto und 581 363 Gulden sonstige Unkosten. Der Direktor der Bank von Danzig Dr. Meißner bezog schon feinerzeit ein Gehalt von 60 000 Gulden. Das ist eine wesentliche höhere Summe, als sie selbst der Senatspräsident Sahm hat. Inzwischen dürfte das Einkommen des Herrn Dr. Meißner selbst die Einkommen der Staatspräsidenten großer europäischer oder amerikanischer Republiken übersteigen. Wie uns mitgeteilt wird, errechnet man das Jahreseinkommen des Herrn Dr. Meißner zur Zeit auf 200 000 Gulden, die sich aus Gehalt und Lantime zusammensetzen. Dazu kommt die neuerbaute Villa als Dienstwohnung und das eigene Dienstauto. Der Aufsichtsrat der Bank von Danzig ist auf diese Einkommensfestsetzung einflußlos, da sie durch einen kleinen Verwaltungsausschuß, dem der Handelskammerpräsident Klawitter und einige Direktoren der Großbanken angehören, erfolgt.

Kein Wunder, daß in den Wirtschaftsreisen die Ansicht auftritt, daß die Direktoren der Danziger Großbanken Herrn Dr. Meißner solch hohes Einkommen bewilligen,

damit er sie mit Anträgen auf Verabschaffung des Diskontsatzes verschont und sie dann in ihren Privatbanken weiter ungehindert die hohen Zinssätze nehmen können. Kein Wunder ferner, daß man es für höchst befremdlich findet, daß die Banken für die Beamten der Bank von Danzig dem Architekten Fackel übertragen werden, der durchaus nicht der billigste Bewerber, aber dafür der Schwiegersohn des Handelskammerpräsidenten Klawitter ist.

Wir wollen über diese Dinge nicht in der demagogischen Art der Deutschnationalen urteilen, die viel unwichtigere Dinge in Deutschland, und insbesondere auch in Thüringen seinerzeit als „skandalöse rote Miswirtschaft und Korruptionspolitik“ bezeichneten. Wir wünschen nur, daß der Senat sich über diese angeblichen Vorkommnisse Klarheit verschafft, die nach unserer Meinung bei der jetzigen traurigen Wirtschaftslage Danzigs für ein zwar selbständiges aber dennoch nicht privates Unternehmen, wie es die Bank von Danzig ist, untragbar sind. Das Ziel aller staatsbesitzenden Kräfte sollte in erster Linie die Hebung des Wirtschaftslebens sein, und dazu gehört, wie gesagt, auch eine erträgliche Zinswirtschaft. Sollten sich die uns gemachten Angaben bewahrheiten, so wäre es Pflicht des Senats, auf die Bank von Danzig einzumwirken, damit durch solche Vorkommnisse nicht eine erträgliche Diskontwirtschaft der Danziger Staatsbank unmöglich gemacht wird.

Was der Barmat-Skandal verschlang.

Locarno kostete 50 000 — der Barmat-Ausschuh 70 000 Mk. Ueber die Kosten parlamentarischer Untersuchungsausschüsse könnte man sich herhalten, wenn die Untersuchungen, wie das beim Hülfs-Ausschuh und beim Untersuchungsausschuh des Landtags über die Geschäfte der Landespfandbriefanstalt mit dem Adelskonsortium der Fall gewesen ist, so rasch wie irgend möglich gefördert werden und mit einem tatsächlichen Ergebnis schließen. Die öffentliche Kritik am Barmat-Ausschuh und seinen Leistungen ist vermutlich zurückgeschickt worden im Zusammenhang mit den großen außenpolitischen Problemen, die gegenwärtig das ganze deutsche Volk beschäftigen. Der Barmat-Ausschuh bietet schon in finanzieller Hinsicht sehr breite Angriffspunkte in einer Zeit, in der die Wirtschaft durch eine Finanz- und Steuerpolitik viel zu hoher und vollkommen unbegründeter behördlicher Einnahmen in unerhörter Weise geschwächt wird. Das „Nicht-Abendblatt“ macht darüber einige interessante Angaben:

Allein die Druckkosten für die Protokolle und ähnlichen Ausgaben für technische Zwecke werden mit 40 000 Mark angegeben.

Das amtliche Protokoll des Sitzungsverlaufs ist ein dickleibiger Schmöker — so etwa wie eine doppelte Bibel —, der niemals von irgendeinem Menschen von Anfang bis zu Ende gelesen wird, nicht einmal von den Mitgliedern des Barmat-Ausschusses, und nicht einmal von Herrn Barmat selbst. Eine solche Zumutung wird kein vernünftiger Mensch an sich und andere stellen.

Mit den technischen Ausgaben sind aber die Kosten des Barmat-Ausschusses noch längst nicht erschöpft. Nach der Geschäftsordnung des preussischen Landtags bekommt jeder Abgeordnete für eine Ausschusssitzung, ganz gleich, ob er an demselben Tage in der Vollversammlung beschäftigt sein wird, oder von einem anderen Ausschuh in Anspruch genommen wird, 20 Mark für die Ausschusssitzung. Der Barmat-Ausschuh besteht aus 27 Mitgliedern, die rund 60 Sitzungen hinter sich gebracht haben. Die Teilnahme am Barmat-Ausschuh hat also jedem einzelnen Abgeordneten eine Sonderzahlung von 1200 Mark gebracht, die selbstverständlich den an einem Defizit krankenden Finanzhaushalt Preußens sehr erheblich belastet. Der Barmat-Ausschuh hat nun aber auch ganz ungewöhnliche Anforderungen an die Stenographen und das technische Büro des Landtags gestellt.

Die Abgeordneten werden kaum daran vorbeigehen können, auch den Beamten und Hilfsbeamten des Landtags eine Entschädigung für ihre aufreibende Tätigkeit zu gewähren. Der Barmat-Ausschuh ist zuzulegen. Auch dadurch werden sich die Kosten dieses Untersuchungsausschusses, der überhaupt keine positive Leistung vollbracht hat, noch ganz außerordentlich erhöhen. Das alles wären aber nur erst die Kosten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses im Landtag.

Der Reichstag hat die Barmat-Untersuchung eher noch großzügiger aufgezogen als der Landtag und ist mit seinen Feststellungen noch lange nicht am Ende. Der Barmat-Ausschuh des Landtags hat in der letzten Zeit sozusagen in einem Sitzungsstempo gearbeitet und immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß diese oder jene angeblich noch notwendige Untersuchung dem Reichstagsausschuh überlassen werden könne. In allen diesen Fällen treten nun aber noch die Zeugnengebühren. Im Gegensatz zu den Gerichten honoriert der par-

lamentarische Untersuchungsausschuh des Landtags nicht in jedem Falle den Verdienstausfall. Dennoch kommt aber durch Reise und Aufenthaltserstattungen noch eine recht stattliche Summe zusammen, um so mehr, als der Barmat-Ausschuh des Landtages Reisen von Zeugen veranstaltete, die sich als sehr kostspielig herausgestellt haben. Der eifrigste Fall ist wohl die Heranholung einer ehemaligen Stenotypistin im Büro eines Ministeriums, die weiter nichts befehlen konnte, als daß sie irgendetwas für ihren ehemaligen hohen Chef geschrieben hat, eine Tatsache, die

mit einem zweitägigen Aufenthalt in Berlin und Reisekosten für die 2. Klasse von und nach Cöpenhagen honoriert werden mußte.

Man geht wohl nicht zu weit, wenn man annimmt, daß die Untersuchung der Barmat-Affäre die Steuerzahler des Reiches und Preußens mit rund 150 000 bis 200 000 Mark belastet, für die absolut gar nichts geleistet worden ist. Der ganze Grund war nur die Befriedigung, die Rechtsleute über die Skandal-Affäre hatten. War das auch noch zu Unrecht.

Die neueste Kaiserin.

Die Kaiserin Hermine ist bekanntlich zur großen Freude aller Hoflieferanten und Untertanen stolz in Wilddorf als „Kaiserin und Königin“, in der Aurliebe verewigt worden. Auch ein „Hofphotograph“, Karl Wlementhal in Wilddorf, hat eine Postkarte „Kaiserin Hermine in Wilddorf 1925“ verbreitet, was nicht gut ohne die Zustimmung der abgeheilten Majestät geschehen konnte.

Nun hat die Republikanische Beschwerdestelle, wie die Stuttgarter „Sonntagszeitung“ meldet, bei der Polizeiverwaltung in Wilddorf Strafantrag gegen Frau Hermine, Prinzessin von Preußen, gestellt, weil sie sich in unrechtmäßiger Weise Titel angeeignet habe (Strafgesetzbuch § 88), Abs. 1. Der Antrag wurde von dort an das Oberamt Neuenburg weitergegeben. Dieses lehnte eine Weitergabe der Strafanzeige an die Amtsverwaltung ab. Die Republikanische Beschwerdestelle stellte nunmehr direkt Strafantrag beim Oberstaatsanwalt in Tübingen. Auch er lehnte die Eröffnung eines Verfahrens ab, weil die Angelegenheit inzwischen durch die Verschleppung der republikanischen Behörden veräußert war.

Bemerkenswert an dem amtlichen Kasus ist vor allem, daß die Staatsanwaltschaft die Frau des flüchtig gewordenen Kaisers als „Hermine, Gemahlin Seiner Majestät Wilhelm II., ehemalige Kaiserin, Königin von Preußen“, bezeichnete. Auch gegen diese Titulierung einer Privatperson mit der Majestät „Seiner Majestät“, die lediglich einem regierenden Landesoberhaupt vorbehalten war wurde beim württembergischen Justizministerium Beschwerde eingelegt.

Der polnische Beschluß über die Optantenfrage.

Der „Niterpreß“ meldet: Die offiziöse Polnische Telegraphen-Agentur meldet: Die polnische Regierung hat beschlossen, zum 1. November die Zwangsausweisung der deutschen Optanten einzustellen, die gemäß den Bestimmungen der Wiener Konvention zum 1. August bzw. zum 1. November ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen sollten. Alle in diese Kategorien fallenden Personen werden bis zu einer weiteren Entscheidung der Regierung in der Frage des Aufenthaltserhalts wie andere deutsche Reichsausgehörige behandelt werden. — Die Presse hat zu dieser Meldung noch nicht Stellung genommen. Nur die „Gazeta Warszawska“ berichtet, Grabski habe den Mitgliedern des Reichsausschusses erklärt, daß es sich hierbei nicht um einen grundsätzlichen Verzicht auf Rechte Polens handle, sondern nur um einen durch die Umstände bedingten vorläufigen Auslass. Man sieht, wie stark der Druck der polnischen Chauvinisten ist, die eine Verschärfung in der Optantenfrage mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Ein Ausschuh der Ausweisung ist natürlich keine Lösung dieser Frage. Es ist auch die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß Polen sein „Entgegenkommen“ an Bedingungen knüpfen könnte, die etwa die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen betreffen würden und für die deutsche Regierung nicht tragbar wären.

Die Räumung Kölns.

„Sunday Times“ berichtet: Der britischen Rheinarmee sind Befehle erteilt worden, sich auf eine baldige Räumung Kölns vorzubereiten. Es wird erwartet, daß, sobald noch gewisse untergeordnete Differenzen ausgerollt werden müssen, die Alliierten diese Stadt erklären werden, daß die deutsche Abrüstung so gut wie beendet ist. Es besteht der Wunsch auf Seiten der britischen Regierung, daß in Anbetracht des

gegenseitigen Wohlwollens, das bei der Locarno-Konferenz geschaffen wurde, die Stellung Luifers und Stresemanns sich durch ein Uebermaß von Genauigkeit von Seiten der alliierten Kriegskämter zu schwierig gestaltet wird. Sollten die Franzosen die Ansicht ausstimmten, so wird die Postkonferenz eine Erklärung veröffentlichen, dahingehend, daß die deutsche Abrüstung, sobald vielleicht noch nicht ganz vollständig, so doch soweit fortgeschritten ist, daß die Konferenz insandgesetzt wird, die baldige Räumung der Kölner Zone zu sanktionieren.

Weitere Kriegstaten Griechenlands.

Die Bulg. Telgr.-Agentur berichtet: Griechische Artillerie Beschießt seit Sonnabend morgen die Orte Pivrisa u. Portovo. Man meldet bereits zahlreiche Tote und Verletzte unter der Bevölkerung. Die griechischen Truppen fahren fort, weitere Stellungen auf bulgarischem Gebiet zu besetzen. Es besteht nicht das geringste Zeichen, daß sie einen Rückzug beabsichtigen.

„Kriegsführen keine feindselige Handlung“.

In einem Telegramm des griechischen Außenministers an den Generalsekretär des Völkerbundes und an Briand wird erklärt, daß die Maßnahmen der griechischen Heeresleitung gegen Bulgarien, die als Notwehrhandlungen anzusehen seien, nicht im Sinne von Artikel 12 des Völkerbundespaktes als feindselige Handlung, die zu einem Bruche führen könne, zu gelten haben. Trotzdem sei die griechische Regierung bereit, die Zuständigkeit des Völkerbundes anzuerkennen.

Der durch die zweimalige Beschießung von ein und zwei Stunden der Stadt Petritsch verursachte Schaden wird bei oberflächlicher Schätzung auf 25 Millionen Leva geschätzt. Einige Volksschulen, zwei Kirchen und zahlreiche Privathäuser wurden zerstört. Auch das Krankenhaus erhielt einen Treffer in den Operationsaal. Die bulgarische Regierung hat beim Völkerbund Schadenersatz durch Griechenland beantragt.

Zu der in Paris stattfindenden Sitzung hat sich eine bulgarische Abordnung in Begleitung juristischer Sachverständiger begeben, um den bulgarischen Standpunkt zu vertreten.

Ein mildes Urteil gegen einen polnischen Mörder.

Der polnische Wachtmeister Muraško, der Mörder der beiden kommunistischen Offiziere Baasinski und Wiczorkiewicz wurde vom Gericht in Noworodok zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die beiden Offiziere, die sich verschleppter terroristischer Verbrechen schuldig gemacht hatten und deshalb zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslangem Kerker begnadigt worden waren, sollten gegen zwei in Rußland eingesperrte Polen ausgetauscht werden. Zu ihrer Ueberführung an die russische Grenzstelle war mit anderen der Wachtmeister Muraško beordert. Kurz nach der Ankunft des Zuges tötete er die beiden Gefangenen durch Revolverkugeln.

Abweisung der Anfertigungsklagen gegen die Reichsbank.

In den Sachen Jaentich und Winter gegen Reichsbank wegen Aufwertung alter Reichsbanknoten auf 1000 Mark stand am Sonnabend vor dem Kammergericht Termin zur Verhandlung über die von den Klägern eingeleitete Berufung an. Nach ausführlichen Verhandlungen verurteilte das Gericht das Urteil dahin, daß beide Berufungen zurückgewiesen werden. Demnach hat auch das Kammergericht, wie das Gericht erster Instanz, die Bestrebungen des sogenannten Reichsbank-Gläubigerverbandes für unrechtmäßig erklärt.

Anschuh von Schaumburg-Dippe an Preußen.

Unter dem Vorsitz des Staatsrates Steinbrecher fanden in Bielefeld Verhandlungen zwischen der Schaumburg-Dippeschen Landesregierung und einem vom Landesherrn beauftragten Ausschuh mit einem vom preussischen Ministerium des Innern entsandten Regierungskommissar über die Frage des Anschlusses von Schaumburg-Dippe an Preußen statt. Die Aussprache ergab einstimmig dahin, daß die Verhandlungen mit Preußen weitergeführt und die Ergebnisse in der allernächsten Zeit dem Landtage vorgelegt werden sollen, der zugleich über die Frage der weiteren formellen Behandlung der Angelegenheit entscheiden wird.

Anklage gegen Kommunistenführer in London.

Gegen vorgestern verhaftete Kommunistenführer wurde in London vor dem Polizeigerichtshof Anklage wegen Aufwiegelung erhoben. Die Anklage geht von der Auffassung aus, daß die kommunistische Partei und die junge kommunistische Liga gesetzliche Organisationen darstellen.

Johann-Strauß-Morgenfeier.

Stadttheater.

Ueber dem Platz zu dieser Morgenfeier stand in großen Buchstaben das Wort „Ausverkauf!“. Hunderte, die Einlaß begehrten, mußten wieder fortgehen. Wann sah man solches bei Morgenfeiern!

Alle Häuser machten auch immer schon etwas wie Feststimmung. Sie erreichte geyern ihren Höhepunkt nach der „Fiedermans“-Doverlure. Cornelius & u. spielt sie. Der Sohn Wiens. Mit hinreichender Schwung, mit einem unerhörten, faszinierenden, rühmlichen und melodischen Glanz. Das Orchester übertrifft sich selbst. Man erzählt sich hermaßen erst, was es mit dieser Musik auf sich hat. Nach der Doverlure steht nicht endemollender Beifall ein. Man flüstert minutenlang, mit Händen und Füßen, bis nun sich noch einmal zeigt. Zum Schluß spielt er dann noch in gleich meisterlicher Art die „Geschichten aus dem Wiener Wald“. Gunna Elgreen, die neue Tanzmeisterin, tritt dabei zum ersten Male mit einer größeren Sache vor die Öffentlichkeit. Sie macht es — recht nett. Nicht mehr. Ihre Helferinnen hüpfen noch, aber nicht unbegabt. Es darf bei dieser Veranstaltung nicht übersehen werden, wie schwer es für eine Wigmans-Schülerin sein mag, zu diesen Walzerreihen insofern Verhältnis zu bekommen, daß sie sie durch „Tanz“ zu verlebendigen vermag. Ein weiteres Urteil über Gunna Elgreen sei für ihre Tanzleistungen am kommenden Donnerstag zurückgestellt.

Dr. Hermann Grunendorf sprach amischen den Vorfragen über den hundertjährigen Johann Strauß. Er verhandelt es in schlichter, gemeinverständlicher Art. Der Ruhmerricht ein Bild vom Weien und Schaffen des Wiener Walzerkönigs zu geben. In welchem Maße er den geistigen Horizont des Auditoriums erhebt hatte, bewies der herrliche Applaus, den er für seine Ausführungen erntete.

„Eine Nacht in Venedig“.

Zum Gedächtnis an Meister Johana Strauß junior wurde diese „Romische Oper“ von ihm gegeben. Seinen Namen erwies man damit jedoch über einen zweifelhaften Diena, denn weder musikalisch noch textlich hebt das Werk sich aus dem Rahmen der Höhe seiner großen genialen Leistungen. Nicht in der Gestaltung, ohne rechte Schwungkraft, ohne den zündenden fröhlichen Funken, ohne den zwingenden rhythmischen und melodischen Zauber, der von

von den Berken des Kaiserkönigs ausstrahlen pflegt. Es bleibt bei zwei, drei Nichtigkeiten, der Rest ist im besten Falle begabter Durchschnitt — und die mitreißende, Ohr und Herz überrumpelnde Wirkung fehlt sich überhaupt nicht ein. Hieran hat auch die geschmackvolle und sehr geschickte Bearbeitung der Partitur leitens des jungen Wiener Komponisten Erich Wolfgang Korngold nichts ändern können. In einer „romischen Oper“ reicht es nicht, da fehlt es an feinerem Humor, für eine Operette wiederum besitzt das Werk zu wenig Witz, Spirit, und nicht die einseitige, ausgelassene Grundstimmung. Halb seriös, halb possenhast — man wird nicht warm bei diesem Zwittrprodukt.

Die Aufführung leitete Herr Hamburger mit Umsicht und launigem Temperament. Von den Darstellern zeichneten sich Frä. Bradis durch ihre Stimme, Frä. Ballis durch ihr manieriertes Spiel aus. Herr Schneider sang den Herzog von Urbino, einen eifernden Verwandler des von Mania, mit gewinnender Eleganz. Während die Herren Fränke, Stierack und Harder sich mit Erfolg inspektiert gebärdeten.

Man machte befriedigt, und forderte einige Takapos.

Der letzte Abend für Max Halbe.

„Der Ring des Gauklers“ im Stadttheater.

Das Spiel vom „Ring des Gauklers“ hat Max Halbe im Jahre 1911 geschrieben. Es erlebte erst lange Zeit danach seine Uraufführung in München und fiel kläglich durch. Nachdem es noch in Hamburg das gleiche Schicksal erlitten hatte, hat sich, meines Wissens, keine Bühne mehr an eine Aufführung herangewagt. Es ist anzunehmen, daß das auch in Zukunft kaum mehr geschehen dürfte.

Statt es nun aber wieder im Stille ruhen zu lassen, blieb es Danzig vorbehalten, gerade dieses Stück zu wählen, um den Dichter Max Halbe — der es wohl in einer der schwächsten Stunden seines Schaffens geschrieben hat — zu ehren. Kein Argument kann haltbar genug sein, um diesen Mißgriff zu rechtfertigen. Man hat eben mit verblüffender Sicherheit benebengedankt. Dieses Mal hatte auch die Redaktion der Theaterzeitung nicht einmal den Versuch gemacht, noch etwas im voraus zu sagen. (Das hätte man bei „Freiheit“ noch wagen können.)

Es ist unmaßgeblich, den „Ring des Gauklers“ als Drama zu werten. Mit einem solchen hat er nichts gemein. Die Handlung bildet eine Kette von aneinandergereihten Szenen, die nicht einmal für sich selbst gelungen sind. Die Geschichte eines Ringes, der ein Ring wie alle anderen ist, zieht sich durch die

einzelnen Bilder und beschäftigt eine Anzahl von Personen, die selbstamerweise alle in demselben Dorie geboren sind und sich von ungeschicklich, aber plüschlich auf die Minute, ein gemeinsames Rendezvous geben. Anfangs will einer dem anderen an den Kragen und lamentiert in gewichtigen Reden, aber am Schluß löst sich alles in Wohlgefallen auf, und man fällt brünnig einander in die Arme. Für alle diese belanglosen Dinge hätte man zum mindesten nicht den dreißigjährigen Krieg zum Hintergrunde machen brauchen.

Es ist ein Verdienst Heinz Brede's, wenigstens gute Bühnenbilder geschaffen zu haben. Auch das Spiel war befriedigend. Arthur Arman brachte in der Rolle des Reichserzherzogs Henning Schwarz sein wohlklingendes Organ zur Geltung. Im übrigen gab er einen biedereren Ehrenmann, dem man den erprobten Soldaten glaubte. Die Freistru mit der bewegten Verganngenheit spielte Lili Koldewaldt ausgezeichnet. Jedoch läßt ihre Sprachtechnik viel zu wünschen übrig; sie bleibt monoton und spricht oft mit solcher Hast, daß sie kaum zu verstehen ist. Die lächerliche Figur des bösen Schwarzkünstlers Hülf lag in den Händen Ferdinand Neureis, der mit prächtigem Ton und ernster Miene etwas aus ihr zu machen versuchte. Ueberaus komisch wirkte Karl Kliever als fahrender Komödiant, wenn er tief Atem holte, um wieder eine der abgedroschenen Weisheiten, die diesem Manne in den Mund gelegt sind, mit dem dazu gehörigen Pathos zum besten zu geben. Eva Maria Schöne als seine Begleiterin, war, ob sie italienisch oder deutsch sprach, herzlich schön zu verstehen, so reizend sie auch auf der Bühne einherhüpfte. Der ruhende Pol in der Freianität trug war Frick Wilmhoff in der Rolle des Leutnants Sorning. Er kümmerte sich wenig um all die ernsthafte Leute, die ihre scharf gemessenen Worte sprachen und hatte bei seiner weinlichen Laune die Pächter für sich.

Der Beifall des Hauses galt wohl in der Hauptsache dem anwesenden Max Halbe, der ja auch andere Dinge zu sagen gemocht hat, als das Spiel von dem mysteriösen Ring. —

Johann-Strauß-Fest der Stadt Wien.

Die Gemeinde Wien veranstaltete zum hundertsten Geburtstag Johann Strauß im neuen Wiener Rathaus eine Gedächtnisausstellung, die Bürgermeister Seis eröffnete. Vor dem Rathaus trugen zweihundert Säger der Freien Deographia Fieber von Johann Strauß vor und Musikapellen veranstalteten ein Johann-Strauß-Konzert. Am Sonnabend und Sonntag von 6 Uhr abends bis 11 Uhr nachts wurde das Johann Strauß-Denkmal im Stadtpark von Scheinwerfern geleuchtet.

Danziger Nachrichten

Groß-Danzig auf dem Marsche.

Der Senat tritt mit 11 Gemeinden in Verhandlung.

Der Senat hat beschlossen, außer mit Oliva alsbald in Eingemeindungsverhandlungen einzutreten mit den Gemeinden Brentan, Piekkendorf, Gmans, Altdorf, Dbra, Gutheberg, Scharfenort, Nobel, Klein- und Groß-Waldorf und Bürgerwiesen. Die Verhandlungen mit den beteiligten Landkreisen werden sich anfrischen.

Die Frage, ob die Eingemeindungsverhandlungen noch auf weitere Gemeinden ausgedehnt werden sollen, unterliegt zur Zeit der Prüfung. Für die Bearbeitung der Eingemeindungsfragen ist in der Senatsabteilung des Innern ein neues Referat gebildet und Herr Oberregierungsrat Berenz übertrag worden.

Der Schiedsrichter im Werftkonflikt.

Da es den streitenden Parteien nicht gelang, zu einer Einigung zu kommen, soll bekanntlich ein Schiedsgericht den Streit beenden. Ueber die Person des Schlichters sollen sich die Parteien einigen; kommt keine Einigung darüber zustande, wird der Schlichter vom Senat bestimmt.

Die Vorkände der beteiligten Gewerkschaften schlagen zum Schlichter vor: 1. Bürgermeister Neef, 2. Landgerichtsdirektor Hübner, 3. Oberrichter Dr. Rint. Die Vorklägliste ist dem Senat zur Genehmigung eingereicht worden. Die Besetzung hat sich noch nicht dazu geäußert und ihrerseits bisher keine Vorschläge unterbreitet.

Künftige deutschparteiliche Senatoren.

Nachdem Herr Lück sein Amt als Senator niedergelegt hat, ist nun Herr Förster seinem Beispiel gefolgt. Gesundheitliche Gründe sollen den Schritt notwendig machen. Wie wir erfahren, sind als Nachfolger der ausgeschiedenen Stadtrat a. D. und Kaufmann Ernst und Dr. Eppich in Aussicht genommen.

Raube geht's an den Krügen.

Hausdurchsuchung und Haftbefehl.

Am 19. Oktober 1925 erschien ein Polizeikommissar in der Wohnung des Abgeordneten Raube, um eine Hausdurchsuchung nach Schriftstücken vorzunehmen. Auf den Hinweis, auf die Abgeordneteneimmunität, erklärte der Beamte, daß er trotz des Auftrags habe, die Hausdurchsuchung vorzunehmen.

Ferner ist am 16. September 1925 vom Amtsgericht Abt. 5 ein Haftbefehl gegen den Abgeordneten Raube ergangen.

Der Abg. Wilhelm Rahn fragt nun in einer kleinen Anfrage an den Senat u. a.: auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen die obigen Maßnahmen ergangen sind?

Die Politik der Liberalen.

Eine Zaunung der Deutschliberalen Partei.

Gestern fand im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus der erste Parteitag der Deutschliberalen Partei seit ihrem Bestehen statt. Er zergliederte sich in eine Delegierten- und in eine allgemeine Mitgliebertversammlung. Für die Delegiertenversammlung waren zwei Referate angekündigt, und zwar sollte Senator Dr. Neumann über die Arbeit der Volkstaatsfraktion und Professor Nos über Wirtschaftspragen sprechen. Der zweite Redner war jedoch nicht erschienen, weil er angeblich verreist war.

Senator Dr. Neumann gab zunächst einen Bericht über die Verhandlungen, die zur Bildung des neuen Senats geführt haben. Er griff dabei die Politik der Deutschliberalen an, denen er die Schuld dafür zuschob, daß die Große Koalition von Wehl bis Schweigmann nicht zustande gekommen sei. Der Redner ging dann auf schwerwiegende Angelegenheiten der Politik. Schon heute sei eine Verbesserung der politischen Lage durch die neue Regierung zu bemerken. Es sei zu erwarten, daß das Verhältnis zu Polen durch den neuen Kurs auch weiterhin sich günstiger gestalten werde.

In der Diskussion über das Referat wurde der Volkstaatsfraktion das Vertrauen ausgesprochen. Es berührt selbst, daß, anstatt zu den wichtigen politischen Fragen Stellung zu nehmen, von einer Anzahl von Delegierten lebhafter Protest gegen die vom Senat beabsichtigte Kommunalisierung der Autobuslinien erhoben wurde.

In der Abendversammlung sprach als erster Redner Senator Siebenreud über Danzigs wirtschaftliche Lage. Er ging auf die Ursachen des wirtschaftlichen Tiefstandes Danzigs ein. Während wirken vor allen Dingen die hohen Zölle. Die Volksgemeinschaft Danzigs mit Polen sei für Danzig eine wertige nützliche Söhne, da Polen in der Hauptsache agrarisch orientiert sei, während Danzigs Bevölkerung zu zwei Dritteln aus Städtern bestehe. Der Redner zeigte sodann Wege zur Behebung der Wirtschaftsnote. Vor allem müßten Erleichterungen im Zahlungsverkehr mit Polen geschaffen werden. Zur Steuerruna der Erwerbslosigkeit trat Redner für die produktive Erwerbslosenfürsorge ein. Einen Lichtpunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung stellen die Eingemeindungen der Sperrkreise im Gebiete der Freien Stadt dar. Erforderlich sei weiter ein Steuerabbau, die Unterstützung der Bestrebungen zur Erlangung einer Auslandsanleihe.

Am zweiten Referat über „Danzigs Außenpolitik“ beteiligte sich Abg. Dr. Wagnere hauptsächlich mit dem Verhältnis Danzigs zum Völkerverbund und zu Polen. Er ermahnte, das Vertrauen zum Völkerverbund nicht zu verlieren. Kein Staat sei wie Danzig, auf den Völkerverbund angewiesen. Anfrichtig müßte das Verhältnis zu Polen gestaltet werden. Nicht im Gegensatz zu Polen, sondern im gütlichen Auskommen mit ihm sei überhaupt die nationale Selbstständigkeit und sein deutscher Charakter aufrechtzuerhalten. Für diesen Zweck sei die Stärkung des liberalen Gedankens in Danzig notwendig.

Einen Ueberblick über das Danziger Schulwesen gab zum Schluß der Zaunung Senator Dr. Strunk. Er betonte, daß der Bildungswille in unserer Bevölkerung aktiver werden müsse. Besonders unsere Volksschulen hätten noch viel Arbeit zu leisten. Erfreulich sei, daß sich der Grundbesitz der Arbeitsunterrichts in den letzten Jahren immer mehr durchgesetzt habe. Der Redner trat sodann dafür ein, die Schüler mit wirtschaftlichen Fragen vertraut zu machen, um sie für ihre Pflichten und Rechte als Staatsbürger vorzubereiten. Mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft schloß Stadtrat Ernst den Parteitag. — Auf dem am Sonntagmorgen stattgefundenen Besprechungsabend zu dem Parteitag sprach Professor Dr. Sudwald. Der Redner gab eine Gegenüber-

stellung von Nationalismus und Sozialismus, die beide keine Zukunft hätten. Der Liberalismus vielmehr werde den Sieg davontragen. Etwas Kühn war seine Behauptung, daß die Vertreter der Sozialdemokratie heute selbst nicht mehr an den Sozialismus glauben. Zu einer solchen Behauptung scheint uns der Redner kaum berufen, man sieht aber daraus, wie auch die freiheitlich gerichtete Bourgeoisie kein Verständnis für die Ziele und Bestrebungen der Arbeiterenschaft besitzt.

Ein neuer Sachverständiger.

Für die Entscheidung in den Zollfragen.

Vor längerer Zeit waren zwischen Polen und Danzig Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Manipulationsgebühren im Zolldienst entstanden, ebenso auch über die Frage der Anwendung der polnischen Stempelsteuer Vorschriften für den Danziger Zolldienst. In beiden Fällen handelt es sich um eine Umgrenzung der Polen aus der Zollunion zustehenden Rechte. Die Angelegenheit wurde schließlich dem hohen Kommissar zur Entscheidung unterbreitet. In späteren Verhandlungen zwischen Danzig und Polen wurde jedoch vereinbart, von einer Entscheidung des hohen Kommissars abzusehen, weil dieser in beiden Fragen nicht sachverständig sei, und vor einem Entscheid selbst ein Sachverständigenurteil hätte einlegen müssen. Man einigte sich deshalb dahin, vom Generalsekretariat des Völkerverbundes einen Sachverständigen zu erbitten. Dilem Gesuchen ist jetzt durch die Ernennung eines Sachverständigen entprochen worden.

Wie aus Genf gemeldet wird, ist durch den Generalsekretär des Völkerverbundes Dr. jur. Wollaton, Rechtsanwält in Lausanne, als Sachverständiger ernannt. Wollaton ist von der Schweiz in die erste Verkehrs- und Transitkonferenz in Barcelona abgeordnet. Er ist Mitglied der Rheinischen Zentralkommission. Seine Ernennung zum Experten ist den beiden interessierten Parteien mitgeteilt worden.

Tagung des Sozialdemokratischen Parteiaussschusses.

Gestern hielt der Landes-Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei eine ordentliche Tagung ab. Sie war vollständig besetzt. Die Delegierten nahmen zunächst den Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit der Partei entgegen. Der Bericht lag gedruckt vor und wurde vom Gen. Man erläutert. Die Organisation hat weitere Fortschritte zu verzeichnen. Trotz der zunehmenden Arbeitslosigkeit konnte die Mitgliederzahl wachsen und sogar vier neue Ortsgruppen gegründet werden. Der Bericht wurde nach kurzer Aussprache angenommen.

Dann sprach Gen. Brill über die Bildung eines Groß-Danzigs. Er behandelte die Frage von den verschiedenen Gesichtspunkten. Besonders dringend sei der Anschluß der umliegenden Gemeinden vom Standpunkte einer durchgreifenden Verwaltungsreform. Durch die Eingemeindung könnte die Verwaltung erheblich vereinfacht werden. Redner schlug die Auflösung der Kreisverwaltung wie der Amts- und Gutsbezirke vor und empfahl dafür die Bildung von Landmeistereien. In der Aussprache wurde von Vertretern der Stadt und des Landes die Notwendigkeit der Bildung eines „Groß-Danzig“ unterstrichen. Die weitere Förderung dieser Angelegenheit wurde der Parteileitung unter Mitwirkung der zuständigen Fraktionen übertragen.

In ausführlicher Weise beschäftigte sich die Sitzung darauf mit den Maßnahmen, die gegen die zunehmenden nationalistischen Treiben zur Anwendung zu bringen sind. Die Förderung des republikanischen Gedankens wurde als wichtig angesehen, doch über die Form, in der der schwarzweiße Stahlhelmrummel zurückgedrängt werden kann, gingen die Meinungen auseinander. Von positiven Beispielen wurde Abstand genommen.

Für den ausgedehnten Gen. Vogel wurde der Gen. Seonhardt in den Landesvorstand gewählt und Gen. Barner mit der Funktion des 2. Vorsitzenden betraut.

Eisenbahnunfall auf dem Hauptbahnhof.

Sonabendabend gegen 1/4 1/2 Uhr sollte der aus Warschau eingeordnete Personenzug auf ein totes Gleis gefahrt werden, als im gleichen Moment der um 9 Uhr 40 Minuten nach Bromberg-Thorn abfahrende Zug vorgerückt werden sollte. Beide Züge prallten aufeinander. Personen sind nicht zu Schaden gekommen, weil beide Züge leer waren. Der Materialschaden ist jedoch beträchtlich. Vier Wagen des Warschauer Zuges entgleisten, zwei schoben sich so stark ineinander, daß die Stirnwand eingedrückt wurde.

Der Zusammenstoß erfolgte unmittelbar an einer Weiche, so daß der Zugverkehr behindert wurde. Der Zug nach Dirschau-Bromberg-Thorn konnte nur mit einer Verspätung von 40 Minuten den Hauptbahnhof verlassen. Verspätung erlitten auch der Karthäuser Zug und der Worsortverkehr Danzig-Prank. Der Verkehr konnte bis in die Nachtstunden hinein nur einseitig geführt werden. Ein großes Aufraumungskommando trat an der Unfallstelle ein, um die Strecke wieder betriebsfähig zu machen, was inzwischen geschehen sein dürfte.

Um das Grundstück Langgarten 74.

Das Haus Langgarten 74 wurde, nach den Mitteilungen des ehemaligen russischen Konsuls Ditzowski durch die Frau Elisabeth Piotrona anfangs des 18. Jahrhunderts für Privatwede erworben und später dem russischen Staat zur Benutzung für das russische Konsulat übergeben. Nach Ausbruch der bolschewistischen Revolution und Aufhebung des russischen Konsulats wurden die Räume des Konsulats in eine griechisch-katholische Kirche verwandelt, wobei Herr Ditzowski die von ihm in diesem Hause eingenommene Wohnung beibehielt.

Einer anderen Meinung wegen der Rechtslage dieses Grundstücks war der Danziger Senat und die polnische Regierung, die es als Eigentum des russischen Staates ansahen und es deswegen der Sowjetregierung auf deren wiederholte Vorstellung übergaben. Die Sowjetregierung hat die Kirche geräumt und jetzt ist sie auch dabei, den alten Ditzowski auf die Straße zu setzen.

Eine Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge fordert die kommunistische Volkstaatsfraktion in folgendem Antrage: Die Unterstützung ist auch zu gewähren, wenn die Erwerbslosigkeit durch Unfall und verurteilt ist. Die Unterstützung wird vom ersten Tage der Erwerbslosigkeit für jeden Arbeitstag gewährt. Gezielte Feiertage, die auf einen Wochentag fallen, sind als Arbeitstage zu rechnen. — Weiter wird gefordert: Bei Postfahrdarbeiten ist der tarifmäßige Lohn derjenigen Berufsgruppe zu zahlen, in dessen Bereich die Postfahrdarbeit fällt. Bei Streitigkeiten entscheidet eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter des Senats, der Gewerkschaft und des Erwerbslosenrats.

Nach Poppot für Eingemeindung.

Eine imposante Kundgebung für „Groß-Danzig“.

Vor einer sehr gut besuchten Versammlung im Roten Saale des Poppoter Kurhauses sprach am Sonntagabend Abg. Gen. Brill über die Eingemeindungsfrage und beschäftigte sich dabei auch mit den deutschnationalen Stadtverändern und ihrer Miswirtschaft. Nachdem Redner auf die katastrophale Wirtschaftslage des Kreistates eingegangen war und die Schuld der deutschnationalen Regierungspolitik an diesem trostlosen Zustand beleuchtet hatte, ging er auf den übergroßen Beamtenapparat des Kreistates ein. Wenn man bedenke, daß die Freie Stadt Danzig mit ihrer insgesamt 380 000 betragenden Bevölkerung einen 22köpfigen Senat, 4 Städte, 3 Kreise, 252 Landgemeinden, 84 Gutsbezirke, 9533 Staats- und zirka 500 Kommunalbeamte hat, müsse man sich wirklich fragen, wohin das alles führen werde.

Auf Poppoter Verhältnisse eingehend, betonte der Redner, daß der Etat der Poppoter Gemeinde so unannehmbar sei, daß ihn nicht nur der Rate, sondern auch derjenige, der dazu bestimmt ist, den Etat zu prüfen, nicht verstehen. Ein großer Fehler sei unter anderem auch die Tatsache, daß man die Einnahmen nach denen des veranagerten Jahres veranschlagte, während sich die Leistungsfähigkeit der Poppoter Steuerzahler im Laufe dieses Jahres um 50 Prozent verringert habe; hier müsse also ein gewaltiges Loch entstehen. Auch der Spielklub werde keineswegs im neuen Jahre so viel wie im veranagerten abwerfen. Von dem Spielklub wachsend, betonte der Referent, dieser sei eine Belastung an dem Volkspöbel des Kreistates und er sei bereits vom Obergericht als unzulässig gebrandmarkt worden. Es müsse sich nicht, von einem solchen unzulässigen Unternehmern Geld zu nehmen, dies sei weder deutsch noch national!

Diese Vorkämpfer des Referenten wurden scheinbar sofort in der Spielklubleitung hörbar, denn einer der Leiter des Klubs schickte sich schändlich in den Saal hinein, um die weiteren Ausführungen anzuhören. Es ist ja kein Geheimnis mehr, daß trotz allen „Vorkämpfern“ Danziger Staatsbürger im Kasino spielen, was bereits mehrere Menschenleben, Familienverruften usw. kostete.

Der Referent ging dann auf die bekannte skandalöse Zievelitzaktion mit Krewald über und betonte, daß nur dank einer Notiz in der „Volksstimme“ eine weitere noch skandalösere Transaktion, die hinter geschlossenen Türen durchgeführt werden sollte, verhindert wurde. Dies werde nur deswegen gemacht, damit man ja nur selbständig bleibe. Die besondere Lage Poppots, das einerseits von Polen und andererseits von Oliva abgegrenzt sei, gebe ihm keine Entwicklungsmöglichkeit. Die Unfruchtbarkeit der Selbstständigkeit Poppots liege nur im Interesse einiger an der Futterkrümpe stehenden Bürokraten, nicht aber im Interesse der Allgemeinheit, um so weniger im Interesse der produktiv beschäftigten schaffenden Bevölkerung. Mit dem Abzug einiger Beamten hier und dort sei der Sache nicht abgeholfen, denn es bleibe immer die Mächtigkeits, bei jeder Gelegenheit die Abgebauten wieder einzustellen. Nur eine Zentralisierung, die Schaffung eines Groß-Danzigs, sei imstande, den ertoten Verwaltungsapparat ein für allemal bis auf das Nötigste zu beschneiden. Nur mit gemeinsamen Kräften könne man die einzelnen Ortsstellen entsprechend entwickeln. Was für den Einzelnen unmöglich, sei für die Gesamtheit ein Leichtes.

Zur Diskussion meldeten sich nur die zwei Kommunisten Peler und Krefz, von denen ersterer nichts Wesentliches sagte, während letzterer, dem Eingemeindungsgedanken beipflichtete.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Brill wurde auf Antrag des Senats Gen. Voebel folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute im Kurhaus tagende öffentliche Volksversammlung heißt die Schaffung eines Groß-Danzigs mit Einfluß der Eingemeindung Poppots gut, weil sie im Interesse der Allgemeinheit liegt. Die Versammlung verpflichtet sich, für diesen Gedanken rege Propaganda zu betreiben.“

Die Versammelten erwarten vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, daß sie die Eingemeindung Poppots nach Danzig baldmöglichst in die Tat umsetzen mögen.“

In Dbra sprach Abg. Gen. Brill am Sonntag nachmittags in der Sporthalle ebenfalls über Eingemeindungsfragen und legte in kurzen Ausführungen die Gründe dar, die für den Anschluß Dbras nach Danzig sprechen. In der Diskussion sprach sich der kommunistische Abg. Lischewski ebenfalls für die Eingemeindung aus, doch dürfte diese nicht bedingungslos geschehen. Ein bürokratischer Redner trat ebenfalls für den Anschluß Dbras an Danzig ein.

Senationelle Verhaftung.

Am vergangenen Donnerstag wurde die Warschauer Finanzwelt durch eine sensationelle Verhaftung eines aus Danzig eingetroffenen und in dem Hotel Bristol abgekriegenen Cheparns in Erregung gebracht. Die zugewiesenen Ingenieure Michel Davidsohn und dessen Ehefrau, eine Schwester eines bekannten Warschauer Bankiers, wurden nach einer bei ihnen im Hotel durchgeführten eingehenden Hausdurchsuchung von der Kriminalpolizei auf Veranlassung der Danziger Kriminalpolizei verhaftet und in Arrest beim Untersuchungsamt gebracht, wo sie von Danziger Kriminalbeamten erwartet wurden. Den Verhafteten wird ein Schwindel in Höhe von 1,5 Millionen Dollar zur Last gelegt. Auch eine der Warschauer Großbanken soll von dieser Affäre betroffen sein. D. ist Inhaber eines großen Warschauer Grundstücks und war eben im Begriff, noch ein zweites zu kaufen.

Berthold Hellingrath verläßt Danzig. Der bekannte Danziger Radierer und Zeichner Berthold Hellingrath ist, wie wir hören, nach Hannover zerufen worden, wo er an der dortigen Technischen Hochschule eine Professur übernommen hat. Berthold Hellingrath ist gebürtiger Elbinger und hat erst seit dem Kriege seinen Wohnsitz in Danzig. Unsere Vaterstadt verliert in ihm einen Künstler, der ein guter Interpret Alt-Danziger Städtebaukunst und Schönheit war.

Unser Wetterbericht.

Veränderung des Observatoriums der Fr. Stadt Danzig. Montag, den 26. Oktober 1925.

Ueber Nacht: Die atlantische Depression in Auflösung begriffen. Ein neues Tiefdruckgebiet vom Caen den britischen Inseln, wo Randwolken bereits verbreitete Niederschläge und aufsteigende, bittliche Winde herbeigeführt haben. Ueber Mitteleuropa hat sich ein Kliden hoher Luftdruckes ausgebildet, der das Hochdruckgebiet Rußlands mit dem atlantischen Hoch auf den Azoren verbindet. Die Witterung ist daher über weiten Gebieten ruhig und heiter bei verbreiteten Frühnebeln und sinkender Temperatur. Vorher sagte: Heiter bis wolfig. Frühnebel, schwache südliche Winde, langsame Abkühlung. Folgende Tage heiter bis wolfig. Frühnebel. Maximum: 15,0, 10,5; Minimum: 5,8, 8,7 Grad.

Aus dem Osten

Der Brand auf dem Dampfer „Königsberg“.

Verhandlung vor dem Seeamt.

Das Seeamt Königsberg beschäftigte sich mit dem Brande, der auf dem Königsberger Dampfer „Königsberg“ der Reederei Jwers u. Akt am 8. September entstanden war. Der Dampfer befand sich am genannten Tage auf der Fahrt von Hamburg nach Königsberg mit einer Ladung Stückgüter, darunter auf der Oberdeck eine Anzahl Kisten mit Benzol. Es herrschte starker achterlicher Wind und eisprühender Seeang. Gegen 3 Uhr morgens bemerkte der auf der Kommandobrücke befindliche Kapitän Brandgeruch; die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß durch die Erhitzung des Schornsteinmantels die unmittelbar davor liegende hölzerne Decke der Kaminöffnung zu alimmen begonnen hatte. Das Feuer wurde sofort erstickt, so daß die bei weiterem Umfahrgreifen des Feuers erhebliche Gefahr für das Schiff vermieden wurde.

Das Seeamt kam in seiner Entscheidung in Anlehnung an das Gutachten des Reichskommissars zu dem Schlusse, daß die ungewöhnliche Erhitzung des Schornsteinmantels auf die Verwendung stark gashaltiger englischer Brunerkohle zurückzuführen sei, die das Schiff in Hamburg genommen hatte, weil diese dort billiger als deutsche Kohle war. Die Sinterentwicklung war so stark, daß die gesamte Farbe vom Schornsteinmantel abgebrannt war und zeitweise sogar Flammen aus dem Schornstein herausschlugen. Ein Verstoß gegen die Schiffsführungsrichtlinien; ein Ersatz des hölzernen Kaminrohrs durch ein eisernes ist inzwischen erfolgt, so daß eine weitere Verhütung dieser Art ausgeschlossen erscheint.

Raubüberfall in Stettin.

In der Albrechtstraße wurde am Freitag nachmittag ein fieser Raubüberfall ausgeführt. Bei der im Hause Nr. 5 im dritten Stockwerk wohnenden achtzigjährigen Frau Treutin erschien gegen 3 Uhr ein junger Mann, der gewaltsam in die Wohnung eindrang und Geld verlangte. Als Frau Treutin sich weigerte, Geld herauszugeben, bedrohte der Verbrecher sie mit einem Revolver, mißhandelte dann die alte Frau schwer und feißelte sie, als sie schließlich, um weiteren Mißhandlungen zu entgehen, den Aufmerksamkeitsort ihres Geldes angab. Der Räuber fand aber nur vierzig Mark.

Während er sich noch in der Wohnung befand, erschien plötzlich der Untermieter der Frau Treutin, der Tischlermeister Kähler. Er wurde aber von dem Verbrecher sofort mit dem Revolver bedroht und gezwungen, sich auf das Bett zu setzen, weil der Täter die Wohnung verlassen wollte. Er hatte aber das Pech, in Kähler einen früheren Kollegen zu treffen und erkannt zu werden. Es handelt sich um den Tischlermeister Hugo Brandt, 24 Jahre alt.

Marienburg. Max Halbe-Chronik. Die Einweihung einer Erinnerungstafel wurde am heutigen Montag um 10.15 Uhr vormittags vor dem Pechholzischen Hause, wo Max Halbe bekanntlich als Gymnasiallehrer gewohnt hat, in Gegenwart des Dichters, der Spitzen der Behörden usw. vollzogen. An dieser Feier beteiligte sich auch das ganze Gymnasium. Wie wir hören, wird die Stadt Marienburg den Dichter zum Ehrenbürger ernennen. Ferner ist beabsichtigt, die Gymnasialstraße in Max-Halbe-Straße umzubenennen.

Freistadt. Eine neue Bahnhofsstation. Am 31. Oktober wird die Bahn Freistadt-Bischofsmerder ihrer Bestimmung übergeben werden. Der Bedeutung dieses Tages wollten die Stadtverwaltungen von Freistadt und Bischofsmerder durch eine besondere Feier gerecht werden.

Oderode. Eine schauerliche Entdeckung machte der Gastwirt Meyne in Seubersdorf. Als er nach Besorgungen von Oderode zurückkehrte, vermißte er seine Mutter. Im Begriff, dem Hofbrunnen Wasser zu entnehmen, gewahrte er auf dem Grunde des Brunnenbeckens einen leblosen Frauenkörper, den er als den seiner Mutter erkannte. Mit Hilfe der Nachbarschaft wurde die Frau an die Oberfläche befördert.

Stargard. Beim Schmuggel angegriffen wurde in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag bei Glinitz der 27jährige Wladislaus Maciejewski aus Wien im Kreise Stargard. Als W. sich in Gemeinschaft mit mehreren anderen Schmugglern dem Ort näherte, wurden sie plötzlich durch das Aufleuchten einer Taschenlampe in ihrer Nähe aufgeschreckt und flohen auseinander. Hierbei fiel nun auch

ein Schuß, und gleich darauf kam M. von einer Kugel in die Brust getroffen nieder. Er schleifte sich alsdann noch zu einer in der Nähe liegenden Bestuhung, von wo man ihn dann mittels Fuhrwerks in das Krankenhaus transportierte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Die Polizei ist jetzt auf der Suche nach dem Schützen.

Polen. Geheimnisvoller Raubmord. In Glevann, etwa 30 Kilometer von Posen, wurden der 70 Jahre alte Arbeiter Eidemann und seine ebenfalls 70 Jahre alte Frau in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Ueber ihnen lag eine mit Blut bespritzte Eisenstange, mit der die beiden alten Leute anscheinend erschlagen worden sind. Sämtliche Behälter waren durchgesehen und beraubt.

Aus aller Welt

Opfer des Inflons.

7000 Menschen umgekommen.

Die „Times“ melden aus Astrak, daß zu Beginn des Oktober während eines Inflons im Persischen Golf 240 Segelschiffe mit 7000 Menschen an Bord untergegangen sind.

Eine Pulverexplosion bei Hamburg.

Zwei Arbeiter getötet.

In der Nähe von Soltan bei Bomlitz ereignete sich eine schwere Explosion, indem vier Pulvertürme und drei Ablegelager der Schwarzpulverfabrik Wolff in die Luft flogen. Zwei Arbeiter wurden getötet. Die Ursache des Unglücks wird kaum aufgeklärt werden können, da die beiden Arbeiter, die darüber hätten Auskunft geben können, nicht mehr am Leben sind.

Ein Doppelmord in Stuttgart.

Freitag abend wurde eine 33 Jahre alte Charfreudenschon und ihr ein Jahre altes Kind durch Abschneiden des Halses in Stuttgart ermordet. Der Täter, ein 27 Jahre alter Mechaniker, der mit einer Schwester der Ermordeten verheiratet ist, hat sich der Polizei gestellt.

Tschekisches Flugzeuggeschwader über Breslau.

Eine Reilandung.

Freitag nachmittag überflog ein Geschwader von neun tschekischen Militärflugzeugen Breslau. Sie kamen aus Richtung Warschau und flogen in südwestlicher Richtung nach Prag weiter. In der Gegend von Frankenstein mußte ein Flugzeug notlanden. Das Erscheinen einer so starken ausländischen Fliegerabteilung hat in Breslau großes Aufsehen erregt. Das notgelandete Flugzeug wird zunächst festgehalten, bis durch Rückfrage festgestellt ist, daß es sich um ein Militärflugzeug handelt. Nach den Bestimmungen des Vertriebsvertrages haben bekanntlich die Militärflugzeuge der Alliierten das Recht, deutsches Gebiet zu überfliegen und auf ihm zu landen, was indessen Privatflugzeugen verboten ist.

Eine Zigarrenfabrik niedergebrannt.

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend ist in Frombach (Unterfranken) die Zigarrenfabrik Rees vollständig niedergebrannt. Erst gegen Morgen konnte das Feuer eingedämmt werden. Durch den Brand sind über 100 Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos geworden.

Die Lepra heilbar.

Der Professor Paldrosas der Universität von Zarza hat nach einer Weidung aus Rom ein Mittel zur Heilung der Lepra gefunden. Eine besondere Versuchskommission habe zwei durch Professor Paldrosas geheilte Leprafranke als völlig wiederhergestellt anerkannt und aus dem Leprosarium entlassen.

Raubüberfall in einer Kafferei. Ein dreifacher Raubüberfall wurde Sonnabend mittag in der Kafferei der Rathhausstraße in Berlin-Stealitz verübt. Ein junger Mann, der dort vorjoram, um angeßlich seinen Wiedereintritt in die Landeswehr anzumelden, hat die Sekretärin um Angabe des hierfür zuständigen Pfarramtes. Er verließ darauf die Kafferei, wahrscheinlich weil der Organist noch mit im Zimmer an-

wesend war. Nach fünf Minuten erschien der junge Mann wieder, zog plötzlich einen Revolver und zwang mit der Waffe die Sekretärin, ihm das Geld im Kassenkranz zu zeigen. Der Räuber entnahm dem Schrank 500 Mark. Nachdem er die Sekretärin noch geknebelt hatte, kahl er weitere 500 Mark. Hierauf nahm er seine Waffe und verließ das Zimmer.

Unterfugungen beim Elektrowerk Sachsen-Anhalt.

Zwei Direktoren verhaftet.

Beim Elektrowerk Sachsen-Anhalt (Unterabteilung Zeitz-Weißenfels) ergab eine unerwartete Bücherkontrolle, daß Veruntreuungen in Höhe von etwa 100 000 Rentenmark gemacht worden sind. Der technische Direktor Macha und der kaufmännische Direktor Sagemüller wurden daraufhin auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Raumburg verhaftet.

Im Meeressturm.

Zweitägige Sturmfahrt eines deutschen Segelschiffes.

Während der schweren Stürme in der vorigen Woche lief die deutsche Segelschute „Gefine“ (beheimatet in Warkel in Oldenburg), die mit einer Holzladung von Substanz nach Lübeck unterwegs war, in der Nähe von Mürzats Leuchtturm auf Grund. Von der Besatzung wurden zwei Mann über Bord gespült und kamen in den Fluten um. Die übrigen drei Mann der Besatzung wurden nach einem zweitägigen verzweifelten Kampfe mit der hochgehenden See von der Bedienung des Leuchtturms in vollkommen ermatteterm Zustande geborgen.

Freibrade Brocks in Nord- und Ostsee. In der Nord- und Ostsee sind verichiedene Brocks gefischt worden, die in den Schiffschroniken und den Berichten geföhrt sind. In der Ostsee konnte ein Brock als der Moskauer Dreimastkranz „Mudine“ festgestellt werden, der auf der Seite liegend, mit seiner Holzladung in der Strömung treibt.

Die eigene Frau im Scherz erschossen. Aus Gladbeck bei Gelsenkirchen wird gemeldet: Der 24 Jahre alte Beremann Otto Warohn hatte mit einem Kobold-Stutzen im Garten Spaten geschossen. Nach seiner Rückkehr spannte er nochmals den Hahn und leute im Scherz auf seine Frau an. Plötzlich ging ein Schuß los und die Kugel traf die Frau, die vor ihrer Niederkunft stand, in die rechte Brustseite. Sie starb kurz darauf. Die sofort vorgenommene Obduktion der Leiche ergab, daß das vollkommen ausgewachsene Kind nur durch den Scherz im Mutterleib vorher getötet worden war. Der Leichnam wurde in die Leiche eingebracht.

Entlastung und Ueberweisung der Mencia Carnicin. Das Oberlandesgericht in Wien hat angeordnet, daß die seinerzeit wegen des Attentates im Kurtheater verurteilte Bulgarin Mencia Carnicin entlastet wird und hat die Landesverweisung erlassen.

Eine Radio-Telephon-Station in Mailand. Aus Mailand wird gemeldet, daß die dortige Radio-Telephon-Station mit einer Wellenlänge von 334 Meter im November eröffnet werden soll.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Montag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Steppuhn, Schillich. Die Ortsverwaltung.

D. M. V. Veriraner-Sekte Danziger Markt und Eisenbahnwerkstatt. Heute, Montag, den 26. Oktober, 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Karpsenstraße 26: Dringende Versammlung.

Stadtkörerschaftsfraktion. Montag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr: Sitzung im Volkshaus.

Städtische Gemeinschaft proletarischer Freidenker und Verein für Fortbildung. Am Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula der Petruskirche am Hansaplatz: Gemeinsame Mitgliederversammlung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Am Dienstag, den 27. 5. M., abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Vereinshaus zur Altstadt, Fischergasse 49. Tagesordnung: 1. Abrechnung für das 3. Quartal, 2. Die Bedeutung der Ortskrankenkassenwahl. Es ist dringend notwendig, daß jeder Kollege erscheint.

D. M. V. Seizungs-Komitee. Dienstag, den 27. Oktober, 6 1/2 Uhr: Brandenburger Versammlung im Gewerkschaftshaus, Karpsenstraße 26.

D. M. V. Schicksal. Dienstag, den 27. Oktober, gleich nach Feierabend, dringende Versammlung der freien Gewerkschaften im Gewerkschaftshaus Karpsenstraße 26.

„Wie, bräutlichen Sie wirklich, diesen verdammten Zwischenfall fortzusetzen?“ rief er. „Was machen Sie mit mir, o mein Gott! Wagon Sie das nicht, wagon Sie es nicht, mein Herr, sonst, ich schwöre Ihnen... Hier gibt es auch eine Ubrautheit und ich... mit einem Wort, bei meinem Namen... oder auch der Baron... mit einem Wort, man wird Sie verhaften und durch die Polizei ausweisen, damit Sie keinen Unfug mehr treiben. Beantworten Sie das?“

Und obgleich ihm der Atem vor Zorn versagte, hörte man aus seinen Worten doch die große Angst heraus.

„Herr General,“ erwiderte ich mit einer Ruhe, die ihn noch mehr aus der Fassung brachte, „man kann mich nicht auf wegen Unfugs verhaften, solange ich keinen Unfug begangen habe. Die Auseinandersetzung mit dem Baron ist ja noch nicht einmal eingeleitet, und Sie wissen gar nicht, in welcher Art und auf welcher Grundlage ich an die Sache heranzutreten gedenke. Ich will nur die fränkische Voraussetzung widerlegen, daß ich mich unter der Vormundschaft einer Person befinde, die Macht über meinen freien Willen besitzt. Es ist ganz überflüssig, daß Sie sich so beunruhigen und aufregen.“

„Um Gottes willen, um Gottes willen, Alexei Amantowitsch, geben Sie diese unheimliche Absicht auf!“ murmelte der General, dessen zorniger Ton plötzlich in Flehen überlief; er faßte mich sogar bei den Händen. „So stellen Sie sich doch vor, wozu das führen wird? Wieder zu einem Skandal! Beantworten Sie nicht, daß ich mich hier ganz besonders verhalten muß, gerade jetzt! Gerade jetzt!... Ob, Sie wissen nicht, Sie kennen meine Verhältnisse nicht!... Wenn wir von hier fortgehen bin ich bereit, Sie wieder in mein Haus aufzunehmen. Ich bin nur jetzt, nun, mit einem Wort — Sie befragen in die Gründe!“ rief er verzweifelt. „Alexei Amantowitsch, Alexei Amantowitsch!“

Nach der Tür hin retirierend, hat ich ihn noch einmal dringend, sich nicht zu beunruhigen; ich versprach ihm, daß alles aus und unabhängig verlaufen werde, und beeilte mich hinauszukommen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Spieler

Erzählung von F. M. Dostojewski

13)

wenn ich sie um Entschuldigung bitte, denn ich habe die Absicht, mich bei ihr zu entschuldigen. Ich vermute, sie wird es nicht tun, um so mehr, da, soviel ich weiß, die Herren Juristen neuerdings mit diesem Umstand Mißbrauch zu treiben beginnen; die Advokaten rechtfertigen in Kriminalprozessen ihre Klienten, die Verbrecher, sehr häufig damit, daß diese im Augenblick der Tat derselben nicht bewußt gewesen, und daß das eben Krankeitserscheinungen wären. „Er hat ihn geschlagen, kann sich aber an nichts mehr erinnern.“ Und stellen Sie sich vor, Herr General, die Medizin stimmt ihnen bei, sie behauptet es in der Tat, daß es eine solche Krankheit gebe, welche eine zeitweilige Sinnverwirrung, wo ein Mensch sich beinahe an gar nichts erinnern könne, oder sich nur halb, nur zum vierten Teil erinnere. Allein der Herr Baron und die Frau Baronin sind Leute alten Schlages, zudem preussische Junker und Gutsbesitzer. Ihnen ist dieser Fortschritt der Rechtswissenschaft und der Medizin wohl noch unbekannt, und daher werden sie meine Erklärung nicht gelten lassen. Sie denken Sie darüber, Herr General?

„Genu, mein Herr!“ jagte der General sofort und mit verhaltenem Zorn, „genau! Ich werde dafür Sorge tragen, mich ein für allemal vor Ihren Unberechnungen zu schützen. Sie werden sich bei der Baronin und dem Baron nicht entschuldigen. Jeder Verkehr mit Ihnen, selbst wenn es sich einzig und allein um Ihre Bitte um Entschuldigung handelt, würde für die Herrschaften eine Erniedrigung bedeuten. Als der Baron erfahren hatte, daß Sie zu meinem Hause gekommen, hat er mich im Kurзал zur Rede gestellt. Ich versichere Sie, es hat nicht viel daran gefehlt, daß er Veranlassung von mir gefordert hätte. Beantworten Sie wohl, in welche Lage Sie mich gebracht haben — mich, mein Herr! Ich war gewöhnt den Baron um Entschuldigung zu bitten, und ich habe ihm das Wort gegeben, daß Sie von diesem Ansehen an mich mehr zu meinem Hause gekommen würden.“

„Erlauben Sie, erlauben Sie, Herr General, hat er das selbst unbedingt verlangt, daß ich nicht mehr zu Ihrem Hause gehen soll, wie Sie sich ausdrücken beliebt?“

„Nein, aber ich habe mich von selbst verpflichtet geföhlt, ihm diese Genehmigung zu geben und der Baron war es

selbstverständlich zutrieben. Wir werden uns trennen, Verzeihen Sie. Sie haben von mir noch diese vier Friedrichsdor und drei Gulden zu erhalten. Hier ist das Geld, hier ein Zettel mit der Abrechnung. Sie können sie nachprüfen. Leben Sie wohl. Von jetzt ab kennen wir uns nicht mehr. Außer Placereien und Unannehmlichkeiten habe ich nichts von Ihnen gehabt. Ich rufe sofort den Kellner und teile ihm mit, daß ich von morgen ab für Ihre Ausgaben im Hotel nicht aufkomme. Ich habe die Ehre mich Ihnen zu empfehlen.“

Ich nahm das Geld und den Zettel, auf dem die Abrechnung mit Kleinmünzen geschrieben war, vernahm mich vor dem General und sagte sehr ernsthaft: „Herr General, so kann die Sache nicht erledigt werden. Es tut mir sehr leid, daß Sie von Seiten des Barons Unannehmlichkeiten ausgesetzt gewesen sind, doch daran sind Sie, verzeihen Sie, selbst schuld. Wie konnten Sie dem Baron gegenüber die Verantwortung übernehmen? Was bedeutet der Ausschluß, daß ich an Ihrem Hause gehöre? Ich bin einfach Hauslehrer bei Ihnen, weiter nichts. Ich bin nicht Ihr leiblicher Sohn, bin nicht unter Ihrer Vormundschaft und so können Sie nicht für meine Handlungen einstehen. Ich bin selbst im Besitz aller bürgerlichen Rechte. Ich bin fünfundsiebzig Jahre alt, Absolvent der Universität, Edelmann und Ihnen vollkommen fremd. Nur meine grenzenlose Hochachtung vor Ihren Verdiensten hindert mich, jetzt mitzuteilen von Ihrer Genehmigung zu fordern und Redenshaft darüber, wieviel Sie sich das Recht genommen haben, für mich einzutreten.“

Der General war so verblüfft, daß er die Hände zusammenzuschlug; dann wandte er sich plötzlich an den Franzosen und teilte ihm in Eile mit, daß ich ihn gesehen beinahe geföhrt hätte.

Der Franzose lachte laut auf. „Ich bin aber nicht gekommen, dem Baron die Sache hinzugeben zu lassen.“ Ich sah ihn sehr kaltblütig fort, ohne durch das Lachen des Herrn de Groux irre zu werden, und da Sie, Herr General, ich heute bereit gedenken haben, die Klagen des Barons anzuhören und sein Interesse zu wahren und ich darüber insinieren zum Mitschneiden in dieser ganzen Angelegenheit gemacht haben, so nehme ich mir die Ehre, Ihnen zu vermelden, daß ich nicht länger als morgen früh von mir aus eine formelle Erklärung von dem Baron verlangen werde über die Gründe, die ihn bewegen haben, sich über meinen Kopf hinweg an eine andere Person zu wenden, als ob ich nicht selbst oder nicht würde wäre, selbst die Verantwortung für mein Tun zu tragen.“

Das ich vorangelesen hatte, das traf ein. Als der General diese neue Dummheit vernahm, bekam er große Angst.

Kanold's Sahne-Bonbons sind unübertrefflich!

Ueber den großen Seich.

Reisebriefe von Wilhelm Sollmann, M. d. N.

„Begleitung von Nord!“

Bremerhaven. Ueber die hohen Stege eilen die Passagiere des Norddampfers „Bremen“ an Bord. Auf dem Promenadenweg sieht man die Schiffsställe Marsch und Lieber. Es klingt als ob man Neugierige rmutigen und schweren Schritt erleichtern wolle. Auf allen Decks, in allen Gängen ein drängendes Gewimmel. Vielen gibt ein Angehöriger das Geleit bis an Bord. Händedrucke, Tränen, Küsse überall. In einer Nische hält sich ein junges Paar umschlungen, als könne es sich nicht trennen. Eine Mutter heugt das feuchte Gesicht zur Tochter nieder, ein Vater gibt dem ausrauernden Sohne letzte Mahnungen. Dazwischen Geschäftsleute, Vergnügungssuchende, Florettritter, denen die Fahrt über den Ozean nicht Neues und nicht Seltenes ist. Sie schauen nicht anders drein als der Reisende, der auf dem Bahnsteig die Abfahrt des Schnellzuges erwartet. Die Mannschaft des Schiffes tritt die letzten Vorbereitungen. Die Stewards drängen die abschiednehmenden Gäste von Bord, aber immer noch fluten die Gruppen treppauf und treppab.

Plötzlich ein Kommandowort: Ein Ruf: „Die Stege werden eingezogen; Begleitung von Nord!“ Da und dort muß ein Steward einem Abschied beinahe mit Gewalt ein Ende machen. Noch vergehen Minuten, bis alles außer den Passagieren das Schiff geräumt hat. Nun stehen die Reisenden, die Auswanderer an den Brüstungen der Decks zur Landseite, einen Steinwurf weit am Pier die anderen. Noch arbeiten die Schiffsmaschinen nicht. Noch ist für Sekunden ein Steg die Brücke nach dem Lande. Doch schon greifen die Hände der Matrosen zu, auch den letzten Steg von Bord zu trennen. Da durchbricht eine Mutter die Sperre, stürzt mit dem Aufschrei: „Anna! Anna!“ bis ans Geländer des Unterdecks vor und umhakt ihre Tochter. Dann eilt sie zurück ans Land.

Sekunden später beginnt sich der Dampfer langsam, langsam von der Rante des Kais zu lösen. Winken, Rufe, Grüße kräftiger und stiller. Seewärts geht die Fahrt. In die Abschiednehmenden am Lande kommt Bewegung. Viele halten noch Minuten Schritt mit dem ausreisenden Dampfer. Immer noch erkennen sich die Gestalten und rufen sich Wünsche zu. Immer noch im Abenddunkel wendende weiße Tücher und grüßende Hände. Ein letzter Landvorsprung am Kai. Bis hierhin sind die geilt, denen der Abschied am schwersten ist. Musik und Gesang an Bord. „Musik! denn, musik! denn!“ Dann plötzlich Stille. Die Laternen vom Lande erreichen nicht mehr die weite Wasserfläche. Finsternis umhüllt das Schiff. Weiter vor drüben aber, wo Land und Menschen im Dunkel versinken, verklärt der Ruf einer Frauenstimme: „Anna! Anna!“

Queenstown.

Nordsee, Kanal, englische Küste und irische See sind passiert. Da steht am dritten Morgen der Dampfer still. Im Morgengrauen heraus aus der Rufe. Hunderte Wägen speisen um das Schiff. Noch hebt sich die frühe Küste aus dem Meer. Ein kleiner Dampfer legt an unserm an, Fahrgäste zu bringen und Fahrgäste für Irland zu übernehmen. Zugleich kommt ein sonderbarer Schwarm an Bord: Frauen mit Körben und Bündeln, die einen Teil des Schiffes zu in einen Laden für Socken, Decken und Shawls verwandeln. Ihr Geschäft geht gut. Nicht wenige weibliche Passagiere entdecken auf einmal, daß sie dringend irischer Spitzen und Gewebe bedürfen.

Mittlerweile sind am Mannschafsstück Maschinen und Seiger, Matrosen und Köche, Stewards und Wäcker mit Schwimmgewichten um den Leib in Reich und Glüd angezogen. Ein irischer Arzt prüft sie auf Gesundheit und Verletzlichkeit der Rettungsmittel. Es geht zu wie bei einer Musterung. Ein kräftiger Blick unter ein Augenlid, ein Griff an den Puls, und Mann für Mann sind als kerngesund befunden. Inzwischen sind die Rettungsboote klar gemacht worden. Eins wird mit einem Offizier und effizienten Mann heruntergelassen, um einige Übungen auszuführen. Hauptstück liegt es unter dem Promenadendeck. Eine Strickleiter führt hinab. Das Boot wird einige hundert Fuderschläge von Bord seewärts und zurück gefahren. Es scheint alles zu klappen. Die See ist ruhig, der Morgen hell. Wie aber mag sich das Bild gestalten, wenn bei grober oder stürmischer See einmal aus diesem Manöver Ernst werden sollte und an die taunenden Menschen und mehr rauch über diese Strickleiter in die auf und niedertanzenden Boote hinabsteigen sollen? Das muß für manchen den Sturz in das Meer bedeuten, und auch die Hebrigen werden nicht alle heil im Boote ankommen. Große Schiffsunfälle sind ja glücklicherweise selten geworden. Die Vorführung des Rettungsbootes bietet scheinlich eine Verhütung. Es erscheint dem Seemann nicht gerade als ein lockendes Rettungsziel.

Aus der dritten Klasse gehen deutsche Arbeiter auf den kleinen irischen Dampfer. Sie machen Elektrizitätsanlagen in Irland. Einer hebt die Hand; seine Kameraden stellen sich um ihn, und deutschen Wanderlieder klingen nach der irischen Küste hinüber. Die Auswanderer an Bord der „Bremen“ antworten mit dem Riede, das alle kennen: „Das Wandern ist des Müllers Lust“, und schließlich, während der kleine irische Dampfer schon weit drüben über das Wasser raudit: „Sei gegrüßt in weiter Ferne, teure Heimat, sei gegrüßt!“ Sie klingen etwas anderes als daheim, diese Lieder, wenn deutschlandmüde Auswanderer mit Frauen und Kindern sie fern auf dem Weltmeere singen, das die weiten für immer von der Heimat trennt.

„Still ruht der See.“

Westwärts kämpft unser großes Schiff. Lange noch fährt es die irische Küste entlang. Reizvolle Landschaftsbilder in tiefem Grün mit schlanken Kirchen und Städten und Dörfern, mit Schiffsjahren am Strande und Burgen landeinwärts schmelzen den Abschied von Europa. Noch ein Kap und noch eins. Dann liegt Irland hinter uns. Ein letzter hoher Berg bleibt noch für Minuten sichtbar. Nun ist auch er hinab. Der Blick findet nur noch eins: das Meer — das Meer.

Ich weiß nicht, wie wir uns am Meeressicht verjüngt haben, aber jedenfalls hat er schwer geübt. Er strakte uns im Herbst mit einer richtigen Winterfahrt. Vielleicht glaubte er auch, zu einer Studienfahrt gehöre alles, was das Meer zu bieten hat: Regen und grobe See, Gewitter und Sturm, dichter Nebel mit nächtlichem Sirenenheulen, Wind in allen Stärkegraden mit Ausnahme eines Orkans. Wellenschlag aller Art, Stampfen, Schlingern, Rollen, Sturzeln und Schlaagiten. Umwege und Verpätuna, bis aus Abend und Morgen elf Tage werden, sind ein bißchen reichlich für das erste Mal.

Etwas ängstlich sucht man am ersten Abend auf dem Ozean seine Ruhe auf. Die schwankt wie eine Schiffshaukel im Lunapark. Beim Ausziehen vollführt man Sprünge wie ein Kunsttänzer. Bald findet man sich an einer Schranktüre, bald unter dem Wächterschirm. Nur ins Bett, in die Kojen, an deren Rand der abnungsvolle Steward ein sauberes Blechgefäß mit runder Öffnung aufgehängt hat! Es dient zur Aufnahme von Spänen, leider schon verzehten. Das Bett macht den nächtlichen Tanz lustig mit. Tief sinkt der schneidende schwere Kopf nach unten, während die Füße heilen wie Zepeline. Kampfhast schlief man die Augen. Nur leben, nur nicht leben, wie sich alles hebt und dreht!

Endlich schläft man doch. Am Morgen tobt die See. Weiter nicht nur sie. Das Innere des angehenden Seefahrers hat sich gegen alle Autorität seines Willens empört. Er hat nicht mehr über sich selbst zu gebieten. Jemandem viele Meter langer fürchterlicher Drehwurm windet sich vom Gehirn durch alle Nerven und streckt sich schwer im Magen. Man torzelt nach dem Raichbecken, um sich im Wasser zu retten. Da grinst einem aus dem Spiegel ein gänzlich fremdes Gesicht entgegen und aus hohlen Augen höhnt die Seerkrankheit.

Das Meer schäumt gegen die Kabinenster. Sturzwogen überspielen die Decks. Bis auf die Kommandobrücke spricht der Wind. Das Schiff läuft wie ein riesiges Schoukelpferd. Ein Jammern geht durch die morgentillen Kabinen und ein verhaltenes Fluchen auf Seine Heiligkeit, den Herrn Neptun, der gerade mit seinen Meerestöchtern frühstücken mag. Ach, ja, frühstück! Der Seefranke denkt an den Speiseaal wie der Beurteilte an das Schafott. Er meint zu sterben, aber während er mit dem sündigen Leben abzuschießen denkt, erfährt er schon, wie die schände Welt ihn und sein Leben einschließt. Vom Deck herauf klingt das Becken, ein Hornsignal, und der böshafte wüthige Trompeter schmettert in den Sturm hinaus: „Still ruht der See...“

Tausend Dollar für eine Geistesbotschaft.

Ein originelles Preisauschreiben.

Ein nicht alltägliches Preisauschreiben wird in einer Anzahl amerikanischer Blätter und spiritistischer Zeitschriften veröffentlicht. Der amerikanische Arzt Dr. Josua Gilbert setzt den ansehnlichen Betrag von tausend Dollar demjenigen aus, der in der Lage ist, mit dem Geiste seiner vor sieben Jahren verstorbenen Frau in Verbindung zu treten und ihm aus dem Jenseits von ihr eine Botschaft zu bringen. Es soll freilich nur eine Mitteilung honoriert werden, die unbedingt authentisch ist. Um sich vor jeder Täuschung zu bewahren, hat Dr. Gilbert eine originelle Methode erfunden.

Die Vorsichtsmaßregel, die Mister Gilbert vor jedem Bezug sicherstellt und ihm die Authentizität der medialen Mitteilungen aus dem Jenseits verbürgen soll, besteht in einem Kennwort, das zwischen ihm und seiner Frau einen Monat vor ihrem Tode vereinbart worden war. Die südamerikanische okkulte Zeitschrift „Psique“ erzählt die Geschichte dieser originellen Vereinbarung folgendermaßen:

Die Gattin des amerikanischen Arztes war im Jahre 1918 gestorben. Sie stand im Rufe einer gläubigen Spiritistin. Da sie bereits seit längerer Zeit wiederholte Todesahnungen hatte und stets von dem Gedanken geplagt worden war, in der allerhöchsten Zeit sterben zu müssen, versprach sie eines Tages ihrem Manne, daß sie sich nach ihrem Tode unter allen Umständen melden werde. Um M. Gilbert es zu ermöglichen, etwaige mediale Offenbarungen als Botschaften, die wirklich von ihr stammten, zu erkennen, wurde vereinbart, daß sie ihre Mitteilungen aus dem Jenseits ein bestimmtes Kennwort beifügen werde. Da das Ehepaar öfters traurige Erfahrungen mit betrügerischen Volksmedien gemacht hatte, faßte es den Beschluß, das Kennwort sofort aufzuschreiben und es mit einem dreifach versiegelten Kuvert in der Kanzlerkassette des Arztes zurückzuliegen.

Frau Gilbert ist nachher tatsächlich gestorben. Kaum hatte sie ihre Augen für immer geschlossen, meldeten sich zahlreiche Volksmedien, die sich gegen entsprechendes Entgelt herbeiterklärten, sich mit dem Geiste der Verstorbenen in Verbindung zu setzen. Keine der in den Scancen erlangten medialen Mitteilungen, die von Frau Gilbert herührten sollten, führte das verabredete Kennwort. Im Gegenteil, sie zeigten davon, daß in allen Fällen plumpe Täuschungen vorlagen.

Josua Gilbert entschloß sich nun, in den Spalten führender amerikanischer Blätter das genannte Preisauschreiben zu veröffentlichen. Im Laufe der nächsten Monate erhielt der Arzt weit über hundert Zuschriften aus allen Gebieten Amerikas, ja sogar aus Europa. Medien, berühmte und unbekannt, machten sich erbötig, die ersehnte Verbindung herzustellen. Der Erfolg blieb auch diesmal aus. In keiner einzigen der angeblich authentischen Mitteilungen der Verstorbenen wird das Kennwort richtig angegeben. Ja, es stellte sich heraus, daß der Irrsinn der Frau Gilbert nach ihrem Tode sich nicht einmal an den eigenen Namen erinnern könne, daß in den medialen Briefen sogar der Name der Verstorbenen falsch angeführt wird, wie sie auch sonst vielfach Einzelheiten enthielten, die im Widerspruch zu ihrem Lebenslauf standen. Es ist nicht uninteressant, daß sich unter diesen Briefen auch solche befanden, die nach der Behauptung der betreffenden Medien von anderen Planeten an die Adresse Mister Gilberts gerichtet worden seien. Das vereinbarte Kennwort war freilich auch in diesen Mitteilungen nicht aufzufinden.

Trotz der Enttäuschungen und der üblen Erfahrungen scheint der Amerikaner die Hoffnung noch immer nicht aufgegeben zu haben, einen Gruß von dem Geiste seiner Frau aus dem Jenseits zu erlangen. Darauf deutet wenigstens die Erneuerung der erwähnten Preisauschreibung, die nun den netten Betrag von tausend Dollar jenem Medium verspricht, das ihm die ersehnte authentische Botschaft aus der Welt der vierten Dimension bringen werde.

Wie der Zundersee trocken gelegt wird.

Die Trockenlegung des Zundersees scheint ein schnelleres Tempo annehmen zu sollen. Für die jetzt beginnende vierjährige Arbeitsperiode ist zunächst die Schaffung eines von der Düküste von Wieringen nach dem Punkte der tiefsten Küste nördlich von Flaam laufenden Abfluhdammes vorgesehen, der von zwei Schleusen durchbrochen sein soll. Die Kosten des Dammes, dessen Bau im Ganzen acht Jahre erfordern dürfte, sind auf neunzig Millionen Gulden bezehnet.

Im Ganzen beabsichtigt man 224 000 Hektar in den vier verschiedenen Phasen trockenlegen, so daß der verbleibende Pfahsee mit Inbegriff des zu schaffenden Kanals nur mehr eine Oberfläche von 115 000 Hektar haben wird. Die gesamten Kosten der Trockenlegung werden jetzt auf 455 Millionen geschätzt, wozu noch die Kosten für die militärische Verteidigung des dem Wasser abgenommenen Landgebietes und der bis zur Bewohnbarkeit des „Neuhollands“ eintretende Zinsenverlust von 188 777 600 Gulden kommt.

Ein gehobener Goldschatz. Ein japanischer Abenteurer Kataoka hat aus dem japanischen Handelsdampfer „Yasaka Maru“, der während des Weltkrieges vom deutschen Kriegsschiff „Emden“ in der Nähe von Port Said am Suezkanal versenkt wurde, Goldbarren im Werte von zwei Millionen Mark geborgen. Nach Verständigung mit der Versicherungsgesellschaft darf Kataoka 80 Prozent des gesamten Goldschatzes für sich behalten. Nachdem der Schatzsucher den Ort gefunden hatte, wo das Schiff gesunken ist, wurden die Goldbarren in ständiger Vergungarbeit aus Licht gefördert. Die Goldbarren waren in Säcken und Kisten verpackt gewesen. Manche Kisten waren etwas gebrochen und die Säcke verfault wie Seim, aber die Barren waren unverletzt. Außer Kataoka waren zwei Ingenieure und ein Taucher, lauter Japaner, an der Arbeit. Ein Taucher ist dabei an der Taucherkrankheit gestorben. An dem Erfolg dieser Arbeit hatte zuerst niemand glauben wollen.

„Sei lewet noch!“

Der Londoner „Observer“ veröffentlicht ein Interview mit Wilhelm von Doorn, dem auf republikanisches Wortgelehd gestellten Kaiser a. D. mit dem Kommentator: „ein merkwürdiges Gemisch von Sinn und Unsinn, ein Selbstporträt, das durch die Schwärze der Selbstkarikatur nur an Wahrheit gewinnt...“

„Er“, das in störender Phantastik alfbewährte Kopportage-Gewende verkleidet durch den „Oberver“ der Welt, die natürlich den Bauch vor Lachen sich hält:

Die Herrn von Savarno hätten gar keinen Damm von kommenden Dingen und politischer Kunst. Sein Hirn (?), an dem man zwar prima verreckt ist, kapriere die Weisheit, die denen verreckt ist. Er empfehle sich drum zu zivilen Freilen. Europa „mal wieder“ der Gefahr zu entretken. Er präsentiert sich als der berühmte Erfinder der „Gelben-Gefahr“-Anklofen für Kinder. Er erzählt von japanischen Anstruktoren, von Waffenfabriken, chinesischen Deeren, von Tibet, das Indien zwischennimmt, von Sibirien-Ghan, der wiederkommt, von Ruffenhorren, die Europa überfließen und sich in sämtliche Jungfrau erziehen, und vom deutschen Volke, an dessen Wesen Europa wieder mal könne genesen —

„Ja“, wenn das deutsche Volk, wie bekannt sei, auch eigentlich mit Allen — Blutverwandt sei, so wäre es demnach bereit, mich er sagen, hierarch die Mutknerwandten zu schlagen und somit aus alttötlichen Ketten Frankreich und England prima zu retten — vorausgesetzt, daß man nicht verwehre; den Wiederaufbau seiner alloreichen Deere, die Versailles-Kettenvertraas-Vernichtung und die alte Kafferreich-Erchtung! (Letzteres natürlich nur angedeutet, bisbet mit einem Wädchen angesetzt!) Das nur könne, alles andere sei Quatsch, Europa retten vor dem Madderabatsch. Worauf er noch dem Herrn vom „Oberver“ mit eiaenhändiger Unterschrift als Verhärter sein Mißge überreichte, den Vadenstäter „Wilder Europas“, wahr erre heiligteten Güter! Natürlich in Anstaltspostkartenform... Wilhelm von Doorn, du bist enorm!

Und sowas war Kaiser von Gottes Gnaden und — Elefant im Glaswarenladen. Josef Maria Frank.

Conan Doyle und die Wahrsagerin.

In London fand dieser Tage ein Prosch gegen eine der bekanntesten Wahrsagerinnen der britischen Reichshauptstadt statt, die unter dem Namen Madame Estella eine sehr große Ruchschast um sich zu sammeln wußte, die ihr sehr große Einnahmen zuführte. Der Prosch endete mit der Verurteilung Madame Estellas zu einer empfindlichen Geldstrafe. Conan Doyle, der berühmte Vater des Sherlock Holmes, der bekanntlich seit einigen Jahren ein eifriger Anwalt aller Bestrebungen ist, die mehr oder weniger dem gelunden Menschenverstand widerstreiten, trat daraufhin mit einer geharnischten Kundgebung hervor, in der er den Wahrpruch des Gerichts als Rechtsbruch bezeichnet.

„Ich habe nichts für Wahrsagerinnen übrig“, heißt es unter anderem in dieser Kundgebung, „aber ich halte es trotzdem für meine Pflicht, für Madame Estella einzutreten. Sie hat nichts getan, was geeignet war, irgend jemandem zu schaden. Wer zu ihr kam, tat es freiwillig, und es stand in seiner Macht, ihr zu glauben oder nicht. Daß es tatsächlich Personen gibt, denen man, was die Richtigkeit ihrer Voraussagen betrifft, vollen Glauben schenken darf, ist eine Tatsache, die kein Gericht mehr aus der Welt schaffen kann. Ich kenne selbst zwar keine Wahrsagerin, aber eine Reihe von Medien, die außer mir schon zahlreiche Personen von Ruf und Urteil über zufünftige Dinge befragt haben und die ganz ansehnliche Leistungen zustande brachten. Auch über Madame Estella liegen zahlreiche, ungewöhnlich günstige Zeugnisse vor. Es ist in höchstem Maße befremdend und es ist überdies ungeschicklich, daß das Gericht es abgelehnt hat, die betreffenden Persönlichkeiten auch nur anzuhören. Die Verurteilung erfolgte lediglich auf Grund der Angaben, von zwei Polizeibeamtinnen, die sich an Madame Estella herangemacht hatten, um sie aufs Matteis zu führen. Es ist der britischen Justiz unwürdig, mit solchen Lockwiesel-Methoden zu arbeiten. Es ist notwendig, daß ein neues Verfahren stattfindet, um die Unzulänglichkeit des ersten wegzumachen.“ Wie man sieht, ist Conan Doyle unverbesserlich. Aber er war amüsanter, als er noch Defektgeschichten schrieb.

Flugmaschinen als Retter aus Seenot.

In der schwedischen Läküne unternahmen drei Fischer mit einem Motorboot eine Fahrt auf Meer. Sie wollten am nächsten Morgen mit ihrem Fang wieder zurück sein. Bis Mittag hörte man jedoch nichts von ihnen und da in der Nacht Sturm herrschte, beschränkte man das schlimmste. Die Angehörigen setzten sich mit dem Kommandeur einer zufällig vor Annäsaham verankerten Abteilung der schwedischen Flotte in Verbindung. Ein sofort ausgeschicktes größeres Motorboot konnte die Vermissten aber nicht finden. Daraufhin machte sich eine Militär-Flugmaschine auf den Weg und suchte bis zum Einbruch der Dunkelheit nach den Fischern, ohne aber auch nur eine Spur von ihnen zu entdecken. Die Suche wurde am nächsten Morgen fortgesetzt. Nach einigen Stunden sah man endlich das Fischerboot auf den Wellen schaukeln. Das Flugzeug kehrte glücklich zurück und holte ein Torpedoboot von der Flottenabteilung herbei. Inzwischen lag es wieder zu den Fischern, um sie von der bevorstehenden Rettung zu benachrichtigen. Nach einiger Zeit traf das Torpedoboot ein und führte die Schiffbrüchigen an Land. Es stellte sich heraus, daß der Motor einen Schaden erlitten hatte. Die Fischer waren gänzlich ohne Lebensmittel.

Rundfunk im englischen Parlament. Im englischen Oberhaus sind kürzlich drei Mikrophone — zwei am Rednerpult und eins gegenüber dem Vorklapp, dem Sitz des Lord-Kanzlers — angebracht, und die Wände der Oberhausmitglieder sind mit 20 einfachen Hörern versehen worden. Für die Pressevertreter sind Doppelkopfhörer vorgesehen.

Das Kind mit den röntgenen Augen. In Montevideo wird berichtet: Die erkannten hellseherischen Gaben eines achtjährigen Kindes erregen in Montevideo großes Aufsehen. Der Junge soll den Inhalt verlosener Kassetten und Schatullen mit einem Blick erraten. Es gelang ihm, einen Brief, der zuerst in zwei Kuvertis eingeschüllt und dann in einer Metallkassette eingeschlossen worden war, anstandslos zu lesen. Der Junge behauptet, den Inhalt des Briefes nicht erraten, sondern die Schrift durch die papierne Hülle und Metallwand unmittelbar gesehen zu haben. In Montevideo bildete sich nun eine aus Psychologen und Ärzten bestehende Kommission, die die Aufgabe übernommen hat, den rätselhaften Vorkall zu überprüfen und festzustellen, ob nicht ein Betrug vorliegt.

WIRTSCHAFT * HANDEL * SCHIFFFAHRT

Der Außenhandel Deutschlands.

Der Ausweis über die Entwicklung des deutschen Außenhandels im Monat September ergibt eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr und einen Rückgang der Einfuhr. Der Passivsaldo senkte sich im Vergleich zum Vormonat von 454 Millionen auf 292 Millionen Mark. Der Gesamtpassivsaldo in der Zeit vom 1. Januar bis Ende September 1925 stellt sich damit auf 3,4 Milliarden Mark.

Im einzelnen wird über die Entwicklung folgendes berichtet:

Einfuhr.	August		Sept.	
	(In Mill. Goldm. in Gegenwärtswerten)			
Gesamt	1 808,46	1 108,68	10 414,1	
Davon sind:				
Lebensmittel und Getränke	453,57	413,33	3 205,3	
Rohstoffe und Halbfertigwaren	552,37	458,09	3 913,5	
Fertigwaren	159,68	185,49	567,5	
Gold und Silber	124,95	84,54	628,5	
Ausfuhr.	727,50	780,24	6 986,1	
Davon sind:				
Lebensmittel und Getränke	28,05	24,02	350,2	
Rohstoffe und Halbfertigwaren	143,44	149,49	1 156,2	
Fertigwaren	552,68	602,48	4 848,7	
Gold und Silber	2,91	3,82	25,1	

Abgesehen von der eingetretenen Goldwertänderung (Gegenwärtswert) bleibt die Bilanz (9 Monate) ungefähr mit 25 Prozent hinter der Jahresbilanz 1913 zurück. Dagegen kommt die Einfuhr im Zeitraum von 9 Monaten, immer ohne Rücksicht auf die veränderten Preisverhältnisse, der Einfuhr von 1913 nahe. Von besonderer Bedeutung ist der Rückgang des Passivsaldo. Ob wir es hier mit einer dauernden Erscheinung zu tun haben, ist zweifelhaft. Auf jeden Fall stehen die Ergebnisse des Monats September stark unter dem Einfluß der Zollpolitik. Der Rückgang des Passivsaldo ist besonders erreicht durch Rückgang der Einfuhr. Stark beteiligt sind daran die Einfuhren von Lebensmitteln, Getränken und Rohstoffen und Halbfertigwaren. So hat sich die Einfuhr an Rohstoffen um 59,8 Millionen Mark gegenüber dem Vormonat gesenkt. Zurückgegangen sind weiter die Einfuhren an Eisenerzen um 2,8 Millionen Mark, an Getreide und Getreideerzeugnissen um 16,5 Millionen Mark, an Wolle und anderen Tierhaaren um 11,1 Millionen und an Bauholz um 12,2 Mill. Mark. Besondere Bedeutung verdient der Rückgang an Eisenerzen. Der Kommentar zur Handelsbilanz betont ihn als ungünstiges Zeichen. Bei der Entwicklung der Einfuhren an Rohmaterialien muß auch in Betracht gezogen werden, daß die saisonmäßige Steigerung der Einfuhr von Textilrohstoffen im September noch nicht eingeleitet hat. Dagegen sind die Einfuhren an Steinölen in Verbindung mit der auf Grund der Umstellung im englischen Bergbau stärker einsetzenden englischen Konkurrenz stark gestiegen, und zwar um 10,8 Millionen Mark. Weiter weisen Hopfen, Delfische, Mele, Mineralöle und nichtalkoholische Sämereien Steigerungen auf.

Der Rückgang des Passivsaldo hängt nicht zuletzt mit dem Rückgang in der Lebensmittelzufuhr zusammen. Bekanntlich liegen die deutschen Getreidepreise unter Weltmarktpreisen. Daher erklärt sich u. a. der starke Rückgang in der Einfuhr von Weizen (um 4,1 Millionen), von Mehl und Mäckererzeugnissen usw. (um 16,3 Millionen Mark), von Roggen (9,5 Millionen Mark) und von Gerste, Mais und Kuchengeräten. Gestiegen ist die Einfuhr von Reis (10,7 Millionen Mark), Öhl (8,7 Millionen Mark), Zucker, Butter, Fischen und Fischzubereitungen, Käse, Milch und Eismalz; insbesondere ist eine starke Fortsetzung der Buttereinfuhr festzustellen. Die Einfuhr von Fertigwaren selbst ist gegen den Vormonat um 25,2 Millionen Mark gestiegen. Hier weisen Textilfertigerwaren eine Zunahme von 3,9 Millionen Mark auf. Sie dürften wohl sehr wahrscheinlich durch Vorbedingungen infolge der drohenden Zölle erfolgt sein. Zurückgegangen ist die Einfuhr unter dem Posten „sonstige chemische und pharmazeutische Erzeugnisse“. Der Rückgang macht 3,7 Millionen Mark aus.

Bei der Ausfuhr an Fertigwaren läßt sich eine erfreuliche Zunahme von 49,8 Millionen Mark feststellen. Beteiligt daran sind die verschiedensten Waren. Die Textilfertigerwarenindustrie zeigt gegenüber dem Vormonat eine leichte Steigerung (4,9 Millionen). Davon entfallen allein 3 Millionen Mark auf Kleider und Wäsche. Ebenso ist die Ausfuhr an Holzwerkzeugen und Eisenwaren leicht (um 4 Millionen) gestiegen. Eine beträchtliche Zunahme weist die Ausfuhr an Maschinen auf, und zwar in Höhe von 9,9 Millionen Mark. Beteiligt sind daran in erster Linie Dampfmaschinen (6,5 Millionen).

Trotz der Verringerung des Passivsaldo besteht kein Grund, die Sorge um Deutschlands Handelsbilanz auf die leichte Schulter zu nehmen. Es sprechen eine Reihe von Argumenten dafür, daß die Verringerung des Passivsaldo auf Zufälligkeiten zurückzuführen ist. Sie dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß es unbedingt zu einer anderen Wirtschaftspolitik kommen muß, um des Passivsaldo in der Handelsbilanz Herr zu werden.

Englands Abkehr vom Freihandel.

Neue Rolle auf Weltmärkten, Stahlwaren, Aluminium.

Der englische Premierminister Baldwin hat sich vor einigen Tagen seiner konservativen Wählerchaft gegenüber von neuem verpflichtet, den „Industrieboom“ gegenüber ausländischer Konkurrenz mit aller Macht durchzuführen. Er scheint sein Versprechen zu halten. Denn nachdem bisher nur Industrien von zweitrangiger Bedeutung auf Grund des „Industrieboomgesetzes“ die Einfuhr von Einfuhrzöllen durchsetzen konnte, ist jetzt eine Kommission eingesetzt worden, die entschieden über die Einfuhr eines Zölles auf Kammergeräten und Eisenwaren entscheiden soll.

Der Entschluß zur Einfuhr dieser Kommission, die zweifellos zu einer Befragung der Schutzbedürftigkeit kommen dürfte, ist wegen der Stellung der Zollindustrie in der englischen Gesamtwirtschaft von besonderer Bedeutung. Er ist als Symptom für die prinzipielle Abkehr Englands vom Freihandel zu bezeichnen. Denn nachdem der erste Schritt zum Zollschutz für eine der wichtigsten englischen Industrien durch besonderen Kabinettsbeschluss getan ist, dürfte der bisherige Widerstand gegen die protektionistische Schritte der Eisenindustrie ebenfalls allmählich fallen. Mit der Einfuhr eines Zölles auf Stahlwaren würde nämlich ein Präzedenzfall geschaffen werden, der dieser auf allen anderen industriellen Wirtschaftskreisen eine außerordentlich starke Stütze bietet; denn die Lage der Zollindustrie ist nicht als besonders günstig zu bezeichnen.

Für die früher in jeder Beziehung konkurrenzlos gewesene englische Stahlwarenindustrie steht ebenfalls die Schaffung eines Einfuhrzölles bevor. Ein Untersuchungsausschuss, das auf Grund des Industrieschutzgesetzes eingesetzt wurde, hat die Verhandlungen bereits aufgenommen. Dasselbe gilt für die verhältnismäßig wenig bedeutende Wadepapier- und für die Aluminiumwarenindustrie, deren Konkurrenz fürchtete sich hauptsächlich auf deutsche Waren zu beziehen. Auch das Komitee der Eisenindustrie trat zurzeit noch, und da die (positiv angefallenen) Gutachten der Kommission für die Handels- und Glühbirnenindustrie von der Regierung noch nicht erachtet worden sind, so wird das Parlament in kurzer Zeit über die Schaffung einer großen Anzahl neuer Zölle zu beschließen haben.

Die einzelnen Kommissionen sind von der Regierung zur Beschleunigung der Untersuchungen aufgefordert worden, da die Zollvorlagen vom Parlament sofort nach seiner Eröffnung im nächsten Monat erachtet werden sollen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen

mußten wiederum auf eine kurze Zeit unterbrochen werden, weil sich die deutsche Delegation mit den polnischen Geschäftsleuten neuen Zollhöhen vertraut machen will. Sie verlangt, daß in dem abzuschließenden Handelsvertrag die polnische Einfuhrzölle, insofern sie deutsche Exportwaren betreffen, auf die Dauer des Vertrages unabänderlich festgelegt werden sollen.

Am Sonnabend konferierte der Vorsitzende der polnischen Delegation Pradanski in dieser Angelegenheit mit dem Ministerpräsidenten Grabizki, der die Hoffnung zum Ausdruck brachte, daß das polnische Entgegenkommen in der Distanzfrage die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges günstig beeinflussen werde.

Am selben Tage empfingen im Außenministerium die Mitglieder der polnischen Delegation Baroslawicz und Diamand einige Pressevertreter, denen Baroslawicz erklärte, es sei noch nicht festgestellt worden, ob der mit Deutschland abzuschließende Handelsvertrag ein dauernder oder nur ein provisorischer sein werde. Polen erziehe einen dauernden Vertrag. Aba. Diamand betonte, daß die ächten Schwierigkeiten der Verhandlung in der beiderseitigen Miskommunikation psychischer Natur lagen, die jetzt durch den polnischen Beschluß in der Distanzfrage zum Teil beseitigt wurde und es sei jetzt mit einem schließlichen Abschluß zu rechnen.

Die polnische Delegation kehrt in diesen Tagen nach Berlin zurück, um diesmal zu einem Endergebnis zu gelangen.

Stilllegungen in der chemischen Industrie.

90 000 Arbeiter im Wirtschaftskampf.

Die Gewerkschaften hatten am Freitag voriger Woche den Firmen Leopold Casella u. Co., Werk Mainkur, Chemische Fabrik Griesheim-Electron, Werk Dehler in Dissenbach am Main, E. Merck-Darmstadt, Petersmann A.-G. in Frankfurt am Main und Merck in Mainz schriftlich mitgeteilt, daß die Betriebe am Freitagabend als befristet zu gelten haben. Dieser angelegte Streik wurde am Sonnabend früh durch die Vereinigten der genannten Werke auch durchgeführt. Der Arbeitgeberverband hat nun die Stilllegung sämtlicher Betriebswerke der Provinz Hessen-Nassau und des Freistaates Hessen angeordnet. Es treffen 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Durch die vom Arbeitgeberverband angeordneten Stilllegungen werden weitere 24000 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Arbeitskampf verwickelt.

Streik der Straßenbahner im Ruhrgebiet.

Zu einer stark besetzten Nachtrajammluna haben die Straßenbahner in Essen, Duisburg und Dortmund beschloßen, zur Durchführung ihrer Lohnforderungen in den Streik zu treten. Der Streik ist in Essen und Dortmund bereits seit Sonnabend morgen durchgeführt. Der Straßenbahnbetrieb wird durch einen Notdienst aufrechterhalten. — Die drei Metallarbeiterverbände haben beschlossen, zur Regelung des dritten Lohnes den Schlichter anzurufen.

Der Gehaltsstreik im Versicherungsgewerbe.

Freitag wurde unter dem Vorsitz des Regierungsrats a. D. Brahn in dem Gehaltsstreik im Versicherungsgewerbe ein Schiedsspruch gefällt, der eine Erhöhung der Gehälter der jugendlichen Angestellten um 8 Prozent und der älteren Angestellten um 5 Prozent mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab vornimmt. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hat den Schiedsspruch abgelehnt, während der Gewerkschaftsbund der Angestellten und wahrscheinlich auch die übrigen am Verträge beteiligten Angestelltenorganisationen den Schiedsspruch annehmen werden. Die Angestelltenverbände werden voraussichtlich die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs beim Reichsarbeitsminister beantragen.

1100 Bergarbeiter vor der Entlassung? Die in der letzten Gewerkschaftsversammlung der Reihe „Alter Hase“ aufgetretene Opposition gegen eine Liquidierung des Unternehmens wird an das preussische Staatsministerium herantreten, um den preussischen Staat zur Intervention zu veranlassen. Entschlossene Schritte sind bereits bei dem preussischen Handelsminister erfolgt. Man will den preussischen Staat dazu belegen, daß modern ausgearbeitete Bergwerk, das bei einer Belegschaft von 1100 Mann noch einen Kohlenvorrat für 30 Jahre hat, zu erwerben. Sollte der preussische Staat das ablehnen, dann wird man versuchen, das Unternehmen nicht zur Liquidation, sondern zur Zwangsversteigerung zu zwingen, um auf diese Weise andere Verleger zu bekommen, die bereit sind, den Betrieb fortzusetzen.

Zeilensände aus holländischen Betrieben. Wegen Lohnunterschieden kam es auf der Fahrt von Sittard in Rotterdam zu einem Zeilensände, an dem sich etwa die Hälfte der Belegschaft beteiligte. Vorantrieb ergriffen ein großer Teil der Arbeiter nicht zur Arbeit. Andere, hauptsächlich in Gruben und unpolnischen Arbeiterverbänden organisierte Gruppen der Arbeiterchaft haben bisher nicht die Absicht, sich an dem Streik zu beteiligen. Auch auf der Fahrt von Sittard, wo seit einiger Zeit Lohnunterschieden bestehen, ist ein Zeilensände im Gange. Der Vermittlungsversuch des holländischen Schlichtungsausschusses ist bisher ohne Erfolg geblieben.

Arbeiterentlassungen in Bayern. Der bayerische Verein ist mit der anhaltenden Rückgang an Aufträgen zwingt uns zu weiteren Entlassungen unserer Produktion. Wir werden deshalb Mitte November unsere Belegschaft verringern müssen. Die Kündigung wird vornehmlich mehr angelernter Arbeitern zugehört werden.

Die Krise im Holzhandel.

Ueber die Lage in dieser Branche, insofern es sich um Sägemerke und um den Holzhandel handelt, erstattete uns der Leiter der Firma Jakob Crniski S. m. b. H., Danzig, Herr Dr. Rosenbergs, folgenden Bericht: Die Danziger Holzindustrie und der Holzhandel, welche zum großen Teil von Polen abhängig sind, durchleben jetzt eine ungeheure Krise. Die Ursache dieser Krise ist in erster Linie in der Zurückhaltung des englischen Marktes, der für Danzig als Hauptabnehmer in Frage kommt, zu suchen. Diese Zurückhaltung ist wiederum eine Folge der großen Angebote Russlands, das große Holzmassen auf den Weltmarkt zu spottbilligen Preisen wirft, um nur Geld zu bekommen. Und da die jetzige russische Wirtschaft ganz unberechenbar ist, und man kann nie, wie es in den normalen Zeiten üblich war, im Voraus feststellen, wieviel Ware noch in diesem Jahre und zu welchen Preisen angeboten werden wird, lassen sich die Danziger auch die Preise nie regulieren und die englischen Exporteure möchten sich deshalb mit keinen Vorläufen engagieren. England kommt zwar nicht soweit als Selbstverbraucher wie als Vermittler für Amerika, Afrika und zum Teil auch Europa in Frage. Die Danziger Kaufmannschaft hat aber nicht die nötigen Beziehungen zu den Verbraucherstaaten und wenn es sie sogar hätte, würde es auch aus Mangel an Kredit zu dem englischen Vermittler ankommen müssen, der die Waren finanziert und somit den größten Teil des Gewinnes für sich wegnimmt.

Der weitestgehende Abnehmer für die Danziger Holzproduktion ist Deutschland, das aber gegenwärtig auch an Geldmangel leidet und ist nicht in der Lage, Holzkäufe in dem Maße zu tätigen, wie es in den vergangenen Jahren der Fall war. Selbst aber die reichen Firmen Deutschlands fürchten jetzt wegen der Unlösbarkeit der polnischen Banken, tragend welche größere Transaktionen zu tätigen. Der deutsch-polnische Zollkrieg hatte hier, entgegen der überall vertretenen Meinung nur einen ganz geringen Einfluß, weil die Frühjahrskäufe noch vor Ausbruch des erwähnten Zollkrieges getätigt wurden. Neue Käufe hätte man wegen des Zollkrieges, den man schnell zu beseitigen hofft, nicht gekocht, wenn das Mißtrauen den polnischen Kaufleuten gegenüber nicht wäre.

Der Danziger Holzhandel hatte sich in seinem letzten großen Maße erst in der Inflationszeit entwickelt, und es waren, nach unserem Gewährsmann, einige hundert Firmen, die arbeitslos arbeiteten und somit mehrere tausend Arbeiter beschäftigten. Hätte die Danziger Holzwirtschaft ausreichend Kapital, um die Verkäufe nach Deutschland ohne Anzahlungen oder franco deutscher Bahnstation zu tätigen, oder wenn sie die direkten Beziehungen zu den Abnehmern in Palästina und Zypern hätte, würde sie, wie unser Gewährsmann meint, nicht nur weiterbestehen, sondern sich auch noch weiter entwickeln können. Die Kredite, welche die Privatbanken der Holzwirtschaft gewähren, sind viel zu teuer (sie kosten 4-5 Prozent pro Monat), als es lohnen sollte, mit ihrer Hilfe den Holzverkauf zu betreiben.

Herr Dr. Rosenbergs meint daher, daß es in erster Linie zweckmäßig wäre, einen Austausch bei der Danziger Handelskammer zu bilden, der die nötigen Schritte unternehmen soll, um die Beziehungen zu den Verbraucherstaaten direkt zu erreichen. Dann ist eine Kreditgewährung in Höhe von 2 Millionen Gulden erforderlich, um mit Deutschland in Handelsbeziehungen zu verbleiben und die englische Vermittlung umgehen zu können. Palästina zum Beispiel ist ein außerordentliches Absatzgebiet für Danzig. Die dortige Anglo-Palästina-Bank gewährt auch den palästinenfischen Importeuren Kredite, um ihre Einfuhrwaren gleich nach deren Ankunft bezahlen zu können. Es handelt sich für den Danziger Export nach Palästina und Deutschland also nur um einen kurzfristigen Kredit für die Dauer des Transportes. Damit wäre aber ihre Existenz gesichert.

Die Affäre Molinari. Die Voruntersuchung in der Strafsache Molinari erstreckt sich außer gegen den Mitinhaber Grämel, gegen den Kaufmann Jakob Molinari und gegen vier Prokuristen der Firma. Die Beschuldigung lautet auf schwere Urkundenfälschung in Lateinheit mit Betrug. Nur Grämel befindet sich in Haft, und eine Bewehrung gegen den Haftbefehl ist vom Oberlandesgericht abgelehnt worden. Gerüchte, über die Firma Molinari sei das Konkurrenzverfahren eröffnet worden, sind unwar. Die Geschäftsaufsicht besteht noch fort.

Die deutsch-englische Konkurrenz auf dem norwegischen Markt. Die englische chemische Industrie hat vor kurzem ihre Exportpreise für Norwegen ganz beträchtlich herabgesetzt, nachdem ihr Export in den letzten Monaten stark zurückgegangen war. Dieses Vorgehen ist vor allem darin begründet, daß man die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den deutschen Fabrikaten erhöhen will. Auch in Bezug auf Elektrizität versucht die englische Industrie mit großen Anstrengungen die beherrschende Stellung Deutschlands anzugreifen.

Deutschland verliert Absatz in Argentinien. Es ist der amerikanischen Landmaschinen-Industrie gelungen, in diesem Jahre fast 80 Prozent der argentinischen Einfuhr an landwirtschaftlichen Maschinen zu gewinnen. Nach amerikanischen Konsulatsberichten ist die argentinische Einfuhr von den Vereinigten Staaten in den ersten neun Monaten auf 16 806 516 Dollar gestiegen und beträgt mehr als ein Viertel des gesamten amerikanischen Landmaschinenexportwertes. Dieser Gewinn stellt einen Erfolg der amerikanischen Exportpropaganda dar, die das Land mit Agenturen überzogen hat und mit Erfolg bemüht ist, Einheitspreise für das argentinische Geschäft zu liefern, zu denen sich die amerikanischen Maschinenfabriken gruppenweise zusammengeschlossen haben. Gerade der Mangel dieser Einheitspreise ist es, der sowohl der englischen wie der deutschen Landmaschinenindustrie die Einfuhr gebracht hat. Der amerikanische Konsulatsbericht spricht davon, daß nur noch drei größere Handelskonzerne in Argentinien, die durch langjährige Kreditbeziehungen mit dem deutschen Exporthandel verbunden sind, deutsche Maschinen absetzen vermögen.

Deutsche Erfindungen in England. Colonel T. P. Eberston, der von der englischen Regierung ernannte Sachverständige über den Versuch zur Verflüssigung der Kohle, äußerte sich über den Versuch einer Kommission deutscher Chemiker in England, daß die deutsche Sachverständigenkommission im Auftrage führender deutscher Kohlenindustrieller gekommen sei, um Berichte über die Verwendbarkeit englischer Kohle nach deutschen Patenten der Kohleverflüssigung vorzunehmen. Eine Anzahl stillgelegener Gruben ist von der Kommission besucht worden und es liegen auch Nachforschungen deutscher Interessenten für diese Gruben vor.

Schlichtungsverfahren im deutschen Bankgewerbe. Das Schlichtungsverfahren für das deutsche Bankgewerbe wird voraussichtlich am 3. November stattfinden. Es steht noch nicht fest, wenn der Reichsarbeitsminister die Schlichtung der Tarifstreitigkeit überträgt.

Danziger Nachrichten

Neue Notstandsarbeiten.

In der letzten Sitzung der Stadtbürgerschaft wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beschlossen, daß ein Antrag des Senats, der die Genehmigung von 176 000 Gulden für Ausführung von Notstandsarbeiten — man dachte besonders an die Anlage von Sportplätzen — forderte, abgeändert werden sollte. Und zwar sollten die angeforderten Mittel dem Senat mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werden, daß die zur Beschaffung von Sportplätzen vorgesehenen Arbeiten nur dann ausgeführt werden, wenn eine Nachprüfung durch den Bauausschuß ergeben hat, daß das gleiche Ziel der Beschaffung von Arbeitslosen nicht durch Vornahme wichtigerer Arbeiten erreicht wird, ferner, daß die Erdarbeiten bei der Strandpromenade Heubude-Weichelmünde bis zum Strandhölchen durchgeführt werden.

In der Senatsvorlage war in Aussicht genommen, bei Brölen neue Strandspielplätze und auf dem kleinen Exerzierplatz Promenaden zu schaffen. Ferner sollten auf Riganenbergs Erdarbeiten erfolgen. Als wichtigste und kostspieligste Arbeit war die Anlage einer Promenade Heubude-Weichelmünde in Aussicht genommen.

In einer nunmehr der Stadtbürgerschaft zugegangenen Vorlage beantragt der Senat, unter Aufhebung des angeführten Stadtbürgerschaftsbeschlusses anzukommen, daß folgende Arbeiten als Notstandsarbeiten durchgeführt werden: 1. Regulierung des S. unterwässerungsgrabens auf dem Riefelfeld (Kosten 60 000 Gulden), 2. Erdarbeiten zur Herstellung einer Fahrstraße zwischen Heubude und dem Strande (Kosten 90 000 Gulden), 3. Erdarbeiten zur Herstellung der Straße von Neuschottland bis Kerberweg (Kosten 50 000 Gulden), 4. Erdarbeiten an der Straße nach Riganenbergs (Kosten 28 000 Gulden), 5. Erdarbeiten zur Promenade von Heubude bis Weichelmünde (Kosten 53 000 Gulden). Diese Kosten betragen zusammen 281 000 Gulden.

Zur Begründung der Notwendigkeit der Regulierung des Hauptunterwässerungsgrabens auf dem Riefelfeld führt der Senat an, daß im Laufe der Jahre der Graben verlandet ist, so daß jetzt die Tiefe im Allmeinen nur noch rund 30 Zentimeter beträgt. Für die Wasserführung des Grabens war der ursprüngliche Querschnitt des Grabens wegen der dadurch bedingten geringen Wasserabmindertiefe recht ungenügend. Abhilfe kann nur durch Vergrößerung und Vertiefung des Hauptunterwässerungsgrabens geschaffen werden. Der Umbau soll nach dem beiliegenden Entwurf erfolgen. Die notwendigen Bodenmengen werden von Flächen des Riefelfeldes entnommen, die bisher brachlagen.

Durch die Herstellung der Straße von Neuschottland bis Kerberweg soll nicht nur erklammertes Baugelände für dreizehnhundert Wohnungen zwischen Neuschottland und der Bahnhofsstraße Danzig-Poppot erschlossen, sondern auch der Anfang mit dem Ausbau einer großen Verkehrsachse nach Poppot gemacht werden. — Für die Notwendigkeit weiterer geforderten Arbeiten ist die Begründung der ersten Senatsvorlage vom Senat gegeben worden.

Um die Arztwahl in Poppot.

Mit den Wahlen zur Poppoter Ortskrankenkasse beschäftigt sich ein anonymes Einsender, der aufscheinend das Heil der Versicherten in der freien Arztwahl erblickt, in einem Artikel in der „Poppoter Zeitung“. (Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ fühlten sich bemüht, diesen Artikel zu übernehmen.) Es ist nicht schwer zu erraten, aus welcher Richtung der Lobgesang für die freie Arztwahl ertönt, es sind immer dieselben Kräfte, die hier am Werke sind, um das zu erreichen, was die Kassenorgane in langjähriger, zäher und schwerer Arbeit für die Versicherten in Leistungen gen erlangen und geschaffen haben.

Diesen Elementen ist es ja völlig gleichgültig, ob die Versicherten in Krankheitsfällen durch die Unterstützung, die ihnen ihre Krankenkasse gewährt, in die Lage versetzt werden, sich und ihre Familienangehörigen ausreichend zu ernähren oder ob sie neben ihrer Krankheit noch hungern und darben müssen. Die Hauptfrage ist ihnen, daß eine große Anzahl von Ärzten, die von der Kasse niemals ausreichend beschäftigt werden kann, von den Geldern der Versicherten ein bescheidenes und kassengemäßes Leben führen kann. Hierfür sind ihnen die Beiträge der Arbeiter und Angehörigen gerade auf genau, es kostet sie ja nichts mehr, sie zahlen ihren Beitrag doch nur in der gleichen Höhe, und wenn für die Leistungen an die Versicherten nichts oder nur sehr wenig übrig bleibt, dann müssen nach ihrer Meinung eben die Leistungen abgebaut und auf das gesetzliche Mindestmaß reduziert werden.

Diese Ansicht ist ja bereits wiederholt von den Vertretern der freien Arztwahl zum Ausdruck gebracht worden. Bedauerlich ist hierbei, daß es nicht nur Ärzte und Arbeiter sind, die diesen Standpunkt vertreten, sondern auch einige mit diesen in Verbindung stehende Versicherten, die allerdings wohl noch nie von ernstlichen Krankheitsheimgesucht wurden und die den Segen der weit über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehenden Leistungen noch nicht erkannt und ebensowenig den Jammer und das Elend bei unzureichender Unterstützung in schweren Krankheitsfällen an eigenen Leide verspürt haben!

Heute schreiben sie nur blindlings nach der freien Arztwahl! Das damit aber unvermeidlich die Herabsetzung der Leistungen für Versicherte und ganz besonders für Angehörige verbunden ist, scheint ihnen nicht klar zu sein. Es ist jedoch völlig ausgeschlossen, bei freier Arztwahl das zu leisten, was die U.D.K. Poppot seit der Einführung des beamteten Arztwesens ihren Mitgliedern und deren Angehörigen bietet. Wenn die Arztkosten bei der freien Arztwahl drei- bis viermal so hoch sind als bei dem beamteten Arztwesen, was zweifellos feststeht, so müssen diese Kosten eben an anderer Stelle erspart werden und das kann nur durch Kürzung bzw. Entziehung der den Versicherten und Angehörigen gewährten Leistungen geschehen.

Um den Beweis hierfür zu erbringen, wollen wir nur einige Zahlen nach den Jahresabschlüssen drei verschiedener Krankenkassen mit denselben Leistungen, d. h. mit voller Familienhilfe, nachstehend anführen: die Kosten für ärztliche Behandlung für das Jahr 1924 betragen bei freier Arztwahl bei der Landkrankenkasse für den Kreis Gr. Werder pro Mitglied 34,62 Gulden, bei der Betriebskrankenkasse der Post- und Telegraphenverwaltung 40,34 Gulden und bei der U.D.K. mit beamtetem Arztwesen (einschl. 17 585,25 Gulden für ärztliche Behandlung) nur 13,87 Gulden. Demnach würde die freie Arztwahl bei der U.D.K. Poppot im Jahre 1924 nach dem Durchschnittsbetrag der Landkrankenkasse Gr. Werder pro Mitglied 20,75 Gulden, mithin bei 4844 Mitgliedern 100 513, — Gulden bei dem Durchschnittsbetrag der Betriebskrankenkasse der Post- und Telegraphenverwaltung 26 97 Gulden, mithin bei 4844 Mitgliedern 130 642,68 Gulden Mehrkosten gegenüber dem beamtetem Arztwesen verursacht haben. Dieses ist etwa der Betrag, der zurzeit den Mitgliedern und ihren Angehörigen in Form der erhöhten Leistungen gewährt wird und der ihnen bei der Wiedereinführung der freien Arztwahl zur Bezahlung von 40 bis 50 Ärzten entzogen werden müßte.

Für die Wahl der Vertreter der Versicherten liegt außer dem vom Vorstand nach vorangegangener Verständigung mit den Vertretern der christlichen und freien Gewerkschaften aufgestellten Wahlvorschlages V. 1 ein zweiter Wahlvorschlages mit der Ordnungsnummer V. 2 vor. Die Kandidaten des Wahlvorschlages V. 1 stehen auf dem Boden des beamteten Arztwesens und beabsichtigen einen weiteren Ausbau der Leistungen für Versicherte und Angehörige, die Kandidaten der Gegenliste Volkmann treten gemeinsam mit den Zuspätkerzern und einem Teil der Arbeitgeber für die Wiedereinführung der freien Arztwahl und demzufolge für die Kürzung der den Versicherten und Angehörigen zu gewährenden Leistungen ein.

Die Entscheidung für den einen oder anderen dieser Wahlvorschlages dürfte den Wählern bei der Abgabe ihrer Stimme am 8. November 1925 nicht schwer fallen.

Die Kredithilfe für die Wirtschaft.

Aussichten einer Auslandsanleihe.

Der Hauptausschuß nahm am heutigen Vormittag zu dem Antrag auf Beschaffung von Anleihen zur Behebung der Kreditnot Stellung. Der Antrag war bereits schon einmal im Volkstag im Hauptausschuß beraten worden, es sollte aber die Entwicklung der Verhältnisse abgewartet werden. Senator Dr. Volkmann teilte mit, daß täglich Geld in genügender Menge vorhanden sei, dagegen sei Mangel an langfristigen Geldern. Der Senat sei bereits bemüht, aus dem Auslande Geld zu beschaffen. Es werde jedoch nicht möglich sein, dieses Geld privaten Kreisen in der gewünschten Weise zur Verfügung zu stellen, weil der Senat die Kreditfähigkeit übernehmen müßte. Auch könnten die Kredite nicht zu niedrigerem Zinssatz abgeben werden. In welcher Weise der Senat die erlangten Geldmittel flüssig machen würde, müsse einer späteren Regelung vorbehalten bleiben.

In der Diskussion wurde von dem deutschnationalen Abg. Karstlich zum Ausdruck gebracht, daß es einzelnen Danziger Firmen möglich gewesen sei, größere ausländische Darlehen zu erhalten. Der Redner glaubt daraus schließen zu können, daß es auch dem Senat möglich sein müßte, Anleihen aus dem Auslande zu erhalten, um dadurch die Wirtschaftskrisis beseitigen zu helfen. Auf die Ausführungen des Senators Dr. Volkmann, daß aus der Wirtschaft die Geldmittel herausgeholt werden könnten, erklärte der deutschnationale Redner, daß dieses nicht möglich sei. Der Antrag des Abg. Volker wurde mit allen Stimmen abgelehnt. Gegen die Stimme des kommunistischen Vertreters wurde der kommunistische Antrag, die größeren Wohnungen zur Verringerung der Wohnungsnot anzuleihen, abgelehnt.

30 Jahre Sammlertätigkeit.

Ergebnisse eines Danziger Kunstsammlers.

Aus 30 Jahren Danziger Sammlerlebens erzählt er gestern abend im Hörsaal des Elektrotechnischen Instituts der Hochschule Herr Friedrich Wagner aus Poppot einem „einen Kreis von Zuhörern seine Erfahrungen. Herr Wagner ist einer der wenigen ganz großen Kunstsammler Deutschlands. Er sammelt nicht Werte einer Kunstgattung, sondern alles, was er an seltenen, wertvollen Kunstgütern vergangener Epochen erwerben kann. Und da gilt sein Hauptinteresse den Kunstschätzen des alten Danzig. Wagner schildert, was großer Reichtum an Kunstgegenständen in Danzig bei alteingesessenen Familien noch heute verstreut zu finden ist. Redner bedauerte, daß Händler so viele der besten Stücke, die in unser Museum gehörten, nach dem Berliner Markt einführen, wo man bessere Stücke kauft. In Sichtbildern zeigte Wagner die schönsten Stücke seiner Sammlung und erzählte viele Anekdoten aus seiner Tätigkeit. Delfter Porzellan, Alt-Danziger Möbel, Junagewerke, sibirische Kanonen, Gemälde alter Meister, Renaissancebronzes zeigen von seiner Sammlerliebe und seinen Kenntnissen auf diesem Gebiet.

In dankenswerter Weise veranstaltet Herr Wagner am Sonntag vormittag eine Führung durch seine Schätze. Am ersichtlichsten ist es, daß Redner in seinen Ausführungen durchblicken ließ, daß alles, was aus seiner Sammlung für Danzigs kulturellgeschichtliche Bedeutung habe, nun endlich in unserer Stadt bleibe, nachdem es so oft seinen Besitzer gewechselt hat und auf Märkten des Auslandes gehandelt würde. Der Dank für diesen interessanten Vortrag gebührt nächst Herrn Wagner der Vereinigung zur Erhaltung der Haus- und Kunstdenkmäler in Danzig (Deutscher Heimatbund, Danzig), in dessen Rahmen die Vorlesung stattfand.

Verkehr im Hafen.

Eingang. Am 22. Oktober: Deutscher M. S. „Abdaran“ (54) von Saknis mit Kreide für Bergenske, Kielgraben; lettischer D. „Saguba“ (1260) von Antwerpen, Leer für Danzig, Schw. R., Westplatte; lettischer D. „Surland“ (428) von Memel, Leer für Bergenske, Westplatte; deutscher D. „Sindland“ (246) von Kopenhagen mit Gütern für Gauswindt, Schellmühl; schwedischer D. „Fren“ von Helsingborg, Leer für Bergenske, Westplatte; dänischer D. „Svanholm“ (764) von Odense mit Gütern für Reinhold, Freiberg; deutsch. D. „Cddy“ von Königsberg, Leer für Prome, Legan; lettischer D. „Naiga“ (157) von Riga mit Gütern für Reinhold, Hafentanal 2; schwedischer D. „Sibar“ (173) von Malmö mit Gütern für Reinhold, Freiberg. Am 23. Oktober: lettischer D. „Naiga“ (157) von Riga mit Gütern für Reinhold, Kaiserhafen, Alldag.

Ausgang. Am 22. Oktober: Schwedische Bark „Banja“ (984) nach Hörneum mit Kohlen; Danziger M. S. „Abatros“ (6) nach Kronstadt mit Spirit; finn. D. „Pojeloin“ (408) nach Helsingfors mit Gütern; norm. D. „Baume“ (693) nach Grangemuth mit Holz; deutscher D. „Bürgermeister Eisenburg“ (816) nach Kotta mit Getreide; dän. D. „Ruth“ (467) nach Høriens mit Holz. Am 23. Oktober: Deutscher D. „Anni Hugo Stinnes“ (787) nach Kopenhagen mit Kohlen.

Eine geschäftstüchtige Zimmervermieterin. Frau Auguste Hofer forderte von einer Mieterin für ein einfach möbliertes Zimmer für den Monat 58 Gulden und fernere 10 Gulden für Bettwäsche und 5 Gulden für Handtücher. Es war aber höchstens ein Preis von 50 Gulden angemessen. Vom Schöffengericht wurde Frau Hofer deshalb rechtskräftig mit 30 Gulden Geldstrafe belegt.

Gerrenlose Dollar. Unter den unzähligen Statistiken, die die Vereinigten Staaten fabrizieren, verdienen auch einmal die Nebenstatistiken der Postverwaltung Beachtung, aus denen sich unter anderem ergibt: Alle fünf Minuten wird in den Vereinigten Staaten durchschnittlich jemand einen Brief in einen Briefkasten, der nicht die geringste Spur einer Adresse trägt. Jede Minute werden 42 Perionen so ungenügend adressierte Briefe ein, daß eine Befestigung ausgeschlossen ist. Jährlich werden 600 000 000 Postanweisungen und Wechsel im Werte von drei Millionen Dollar in Umwälzung geschoben, die „ihnen“ nie erreichen. Nicht weniger als 55 000 Dollar baren Geldes werden jährlich aus unbestellten Briefen eingenommen. Immerhin bemüht sich auch die amerikanische Post, bis Legende von einer angeblichen „Fingigkeit“ nicht einschlagen zu lassen. In rund einem Fünftel der Fälle gelingt es der Post — bzw. dem „Dead Letter Office“ — den Adressaten herauszufindieren.

Riga für Menschenrechte.

Deute, Montag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Frauenklub, Promenade 5.

Vortrag Pastor Kötschke, Berlin

„Kirche und Krieg“.

Gastkarten im Sekretariat, Stadigraben 5.

Arbeiterport am Sonntag.

Bei durchgeleiteten Plätzen nahm die Serie ihren Fortgang. In der 1. Klasse interessierten die Spiele Danzig-Poppe, das die ersten überlegen gewonnen. Schidlich mußte sich den Heubudern beugen, trotz der Ueberlegenheit in der ersten Spielhälfte. Schidlich sollte endlich die vielen Umstellungen unterlassen. Sie führen in den wenigsten Fällen zum Erfolg. Der „Sportverein Jungstadt“ absolvierte sein erstes Spiel gegen F. T. Schidlich II. Der neuorganisierte Verein offenbarte seine Spielstärke und zeigte, daß er in der II. Klasse ein nicht zu unterschätzender Gegner werden kann.

Danzig-Langfuhr 10:1 (5:1).

Auf dem Ballplatz trat Danzig in voller Aufstellung, Langfuhr mit Erfolg an. In der 5. Minute trifft Danzig das erste Tor. Langfuhr gleicht bald darauf aus und hält das Spiel offen. (Halbzeit 5:1). In der zweiten Hälfte kam der gut arbeitende Danziger Verein in Verbindung mit den Räufern 5 weitere Tore schießen. (Ende 11:8).

Schidlich-Heubude 11:4 (11:1).

Schidlich legt sofort das Spiel in des Wegners Hälfte, treibt stark auf Tor und hat nach wenigen Minuten das erste Tor zu verzeichnen. Bis zur Halbzeit kann Heubude durch Verschulden des Verteidigers von Schidlich, welches übrigens chronisch zu sein scheint, ausgleichen. Nach dem Wechsel spielt Heubude überlegen, was durch drei weitere Tore zum Ausdruck kommt.

Schidlich II., Sportverein Jungstadt 2:1.

Der „Sportverein Jungstadt“ lieferte den eingepflückten Schidlichern ein offenes Spiel und macht ihnen den Sieg nicht leicht. Die junge Mannschaft verfügt über gute Einzelspieler. Sie kann bei weiteren Spielen ein beachtenswerter Gegner in der 2. Klasse werden.

Weitere Resultate sind: Neufahrwasser I-Poppot II 7:1, Danzig II-Heubude II 2:1 (1:1), Jugendklasse: Neufahrwasser-Danzig 2:0. Knaben: Gesellschaftsspiel: Neufahrwasser-Schidlich 11:0.

Aus dem Arbeiter-Athleten-Bund.

Internationales Treffen im Ringen.

Der Kreismeister des 17. Kreises, Kraft- und Kräftigen-Club Mannheim, Schwimmsportklub, hatte am 10. Oktober in Basel ein Treffen mit dem Bundesmeister der Schweiz. Der Ausgang des Kampfes brachte das Resultat 6 zu 8 für Mannheim.

Serienwettkämpfe.

Die Serienwettkämpfe (Mannschaftskämpfe) im Heben, Ringen, Boxen, Taekwondo und Gewichthochziehen haben in unseren Bezirken bereits eingesetzt. Die Beteiligung an den Kämpfen ist teilweise sehr stark. Im Gewichtheben sind bei diesen Kämpfen zwei neue Bundesrekorde aufgestellt worden. Karl Käfer, Friedenheim-Ludwigshafen a. Rh., Halbfliegengewicht, schlug den bisherigen Bundesrekord im Stehen einarmig mit freiem Umfassen um 30 Pfund, indem er am 12. Oktober 1925 190 Pfund einwandfrei zur Hochstrecke brachte. Im demselben Tage schlug er seinen eigenen Bundesrekord Einarmig-Stehen um 10 Pfund, indem er 140 Pfund zur Hochstrecke rief. Im Weidarmig-Stehen mit freiem Umfassen überbot der Sportgenosse Max Günther, Nabeberg in Sachsen, in derselben Gewichtsklasse den Bundesrekord um 5 Pfund. Er bewältigte 235 Pfund.

Bundesmeisterkämpfe.

Der Arbeiter-Athleten-Bund trägt seine Bundesmeisterkämpfe am Pfingsten 1926 aus. Als Kontrahenten zur Uebernahme haben sich gemeldet der 13. Kreis (Pfalz), Weichenau bei Mainz und Grünberg in Sachsen. Die erweiterte Vorstandssitzung wird dazu Stellung nehmen.

Die Feier des 9. November.

Am Montag, den 9. November, veranstaltet die Sozialdemokratische Partei Danzig im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus eine Revolutions-Gedenkfeier, die, wie in den vergangenen Jahren, so auch diesmal als künstlerische Veranstaltung vor sich gehen wird. Neben Darbietungen musikalischer Art, die von Kräften des Stadttheaters besorgt werden, sollen aequivalente und rezeptive Vorträge die Festanrede umrahmen, ebenso Vorträge von Solo-Kräften des Stadttheaters. Die Eintrittskarten zu der Feier sind schon jetzt bei den Vertrauensleuten der Partei, in der Gewerkschaftsbüros, in den Konsumgeschäften und in der „Volksstimme“ erhältlich.

Vorträge des Arbeiter-Bildungsausschusses. Am Dienstag, abends 7½ Uhr, im Singaal der Petruskirche spricht Gewerkschaftssekretär Urbach über „Wege zur Wirtschaftsdemokratie“. — Am Mittwoch, abends 7½ Uhr, in der Aula am Winterplatz findet ein außerordentlicher Vortrag über „Indiens Kultur in der Vergangenheit und in der Jetztzeit“ statt. — Da beide Vorträge von großer Bedeutung sind, ist zahlreicher Besuch zu erwarten. Näheres siehe Anzeigen des Arbeiter-Bildungsausschusses.

Eröffnung eines modernen Bäckereibetriebes in Langfuhr. Der Bäckereimeister Friedrich Weiß in Langfuhr, Birkenallee 15, hat seinen früheren Betrieb durch Neu- und Umbauten in eine modern eingerichtete Bäckerei verwandelt.

Biedereröffnung der Drogerie Albert Neumann. Sie bekannte und bereits im Jahre 1859 gegründete Drogerie und Parfümerie Albert Neumann, die bis vor drei Jahren im Hause Langer Markt 3 bestanden hat, wird jetzt von dem Sohn des verstorbenen Inhabers, Herrn Kurt Wetthardt, unter der alten Firma im Hause Langer Markt Nr. 25, neben Postk., wieder eröffnet. Wir verweisen auf das Inserat im heutigen Anzeigenenteil unserer Zeitung.

Standesamt vom 29. Oktober 1925.

Todesfälle: Fleischbeihauer Clemens Idames, 36 J. — Weber Bernhard Wod, 37 J. 8 M. — Ehefrau Hildegard Abel geb. Seidel, 28 J. 9 M. — Diakonin Karoline Kettin, 46 J. 11 M. — Arbeiter Carl Dobronski, 37 J. 4 M. — Maurer Johann Ruffel, 61 J. 7 M. — Sohn des Seemanns Bruno Witz, 5 J. 11 M. — Ehefrau Frieda Petermann geb. Wentendorf, 39 J. — Unheilig: 1 Sohn und 1 Tochter.

